



Institut für
Wirtschaftsforschung
Halle

Wirtschaft im Wandel

1/2000

19.01.2000, 6. Jahrgang

Aktuelle Trends

Arbeitskreis Konjunktur

Deutschland 2000:
Aufschwungspfad wieder erreicht

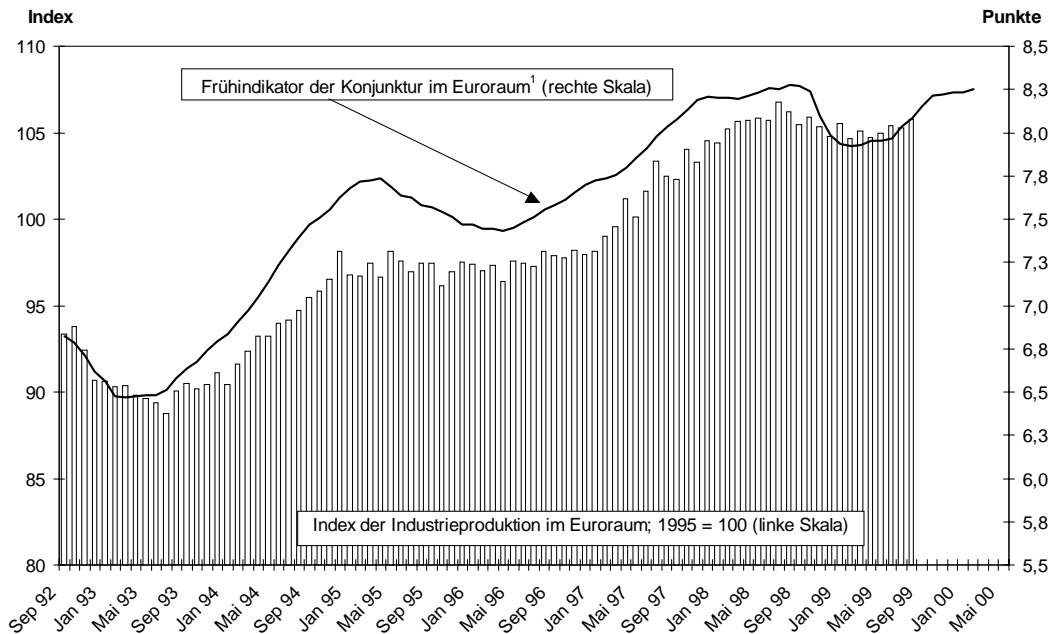
Axel Brüggemann

Außenwirtschaftliche Probleme
in Mittel- und Osteuropa bleiben
trotz verbesserter Wachstumsaussichten

Brigitte Loose

IWH-Bauumfrage im Dezember 1999:
Lage bleibt auch 2000 angespannt

Konjunktur in der Europäischen Währungsunion gewinnt an Fahrt



¹ Indikatorwerte auf der Zeitachse um vier Monate nach vorn versetzt.

Quellen: OECD; Eurostat; Berechnungen des IWH.

Die Konjunktur im Euroraum hat sich seit dem Herbst des vergangenen Jahres spürbar erholt, und der vom IWH regelmäßig berechnete Frühindikator zeigt, dass diese Entwicklung auch in den kommenden Monaten anhalten dürfte. Die im Indikator enthaltenen Einzelgrößen^a signalisieren, dass der Konjunkturaufschwung^b auf einer breiten Basis steht. So zeigt sich in der Beurteilung der wirtschaftlichen Lage durch die Industrie vor allem in den großen Volkswirtschaften des Euroraums seit dem Sommerhalbjahr ein kontinuierlicher Stimmungsaufschwung, und die Verbraucher blicken insgesamt optimistischer in die Zukunft. Gleichzeitig hat sich die Stimmung in der Bauwirtschaft aufgehellt.

Im Jahr 2000 wird die konjunkturelle Entwicklung im Euroraum weiter an Fahrt gewinnen. Der Aufschwung wird dabei von den Exporten getragen, die von der wieder anziehenden Auslandskonjunktur und der niedrigen Bewertung des Euro gegenüber dem US-Dollar profitieren. Der private Verbrauch wird, gestützt durch steigende Realeinkommen und eine verbesserte Beschäftigungssituation, weiter zügig expandieren. Gute Exportaussichten und die günstige Absatz- und Ertragslage der Unternehmen werden zu einer Stärkung der Investitionsneigung beitragen. Alles in allem wird damit auch die Inlandsnachfrage in diesem Jahr merklich zunehmen.

Michael Seifert (mst@iwh.uni-halle.de)

^a Der Indikator enthält die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe, die Baugenehmigungen, das Konsumentenvertrauen, die Beurteilung der allgemeinen Wirtschaftslage, die erwartete Richtung der Produktionsveränderung innerhalb der folgenden drei Monate sowie die Beurteilung des Auftragseinganges, des Auftragsbestandes, des Fertigwarenlagers und der Kapazitätsauslastung. Diese werden von der OECD aufbereitet und als *composite leading indicator* zur Verfügung gestellt. Zur Verbesserung der Prognosequalität berücksichtigt der IWH-Indikator zusätzlich die Zinsstruktur.

^b Wegen bislang fehlender langer Reihen für das vierteljährlich berichtete Bruttoinlandsprodukt wird die Konjunktur an der Industrieproduktion gemessen.

Deutschland 2000: Aufschwungspfad wieder erreicht

Nach Überwindung der exportinduzierten Schwäche im Frühjahr hat sich die wirtschaftliche Aufwärtsbewegung in Deutschland im weiteren Verlauf des Jahres 1999 allmählich verstärkt. Die deutsche Wirtschaft ist im Herbst auf den Aufschwungspfad zurückgekehrt. Der entscheidende Impuls kam von der Auslandsnachfrage. Die Ausfuhr hat zunehmend an Kraft gewonnen. Die Abflachung der Investitionsdynamik, die im Sog des vorangegangenen Einbruchs der Auslandsnachfrage mit zeitlicher Verzögerung auftrat, scheint überwunden. Die langsam wieder Fahrt aufnehmende gesamtwirtschaftliche Produktion hat den Arbeitsmarkt allerdings noch nicht erreicht.

Nach einer leichten Tempoverlangsamung Anfang des Jahres 2000 – infolge der 1999 im Zusammenhang mit dem Jahrtausendwechsel vorweggenommenen Produktion – dürfte sich der konjunkturelle Auftrieb im Sommerhalbjahr wieder verstärken. Dafür sprechen vor allem der sich kräftigende Aufschwung in der Weltwirtschaft, das günstige monetäre Umfeld und die dieser Prognose zugrunde gelegte Rückkehr der Lohnpolitik in Deutschland auf einen moderaten Pfad. Das IWH rechnet für das Jahr 2000 mit einem Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion um 2,8 vH, nach 1,4 vH im Jahr davor. In beiden Jahren bleibt der Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts in Ostdeutschland mit 2¼ vH (2000) bzw. 1 vH (1999) unter der gesamtdeutschen Rate.

Die Aussichten für eine Fortsetzung der zuletzt hohen Dynamik der **Ausfuhr** im Jahr 2000 sind insgesamt gut. Vor allem die kräftige Belebung der Konjunktur im Euroraum wird dem Export aus Deutschland Schwung verleihen. Zwar wird die Warenausfuhr infolge der hier erwarteten Überwindung der Schwäche des Euro und einer leichten Abkühlung der Konjunktur in den USA etwas gebremst. Diese Effekte werden durch die fortschreitende wirtschaftliche Erholung in den südostasiatischen Schwellenländern und in Lateinamerika sowie die wieder deutliche Steigerung der Exporte in die mittel- und osteuropäischen Reformstaaten mehr als wettgemacht. Von der Au-

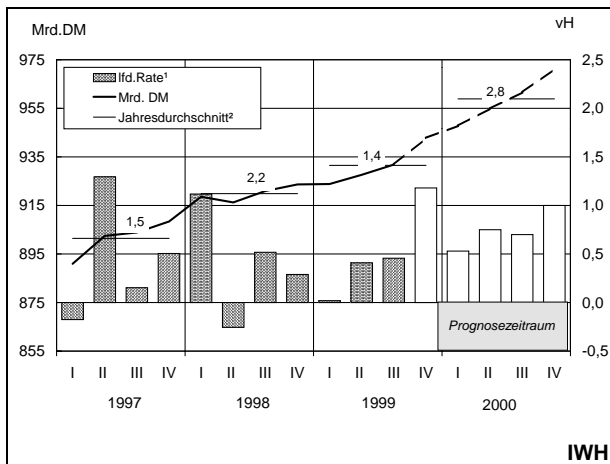
ßenwirtschaft insgesamt wird in Deutschland infolge der wieder schwächeren Entwicklung der Importe gegenüber den Exporten ein Viertel des Zuwachses des Bruttoinlandsproduktes im Jahr 2000 kommen.

Der Aufschwung wird von der Ausfuhr auf die Binnenkonjunktur übergreifen. Im Zuge der verbesserten Absatzperspektiven im In- und Ausland und bei moderaten Lohnkostensteigerungen hellen sich die Gewinnerwartungen der Unternehmen auf. Die Investitionsneigung steigt, und die **Ausrüstungsinvestitionen** ziehen wieder stärker an. Auch die **Bauinvestitionen** werden erstmalig nach einer mehrjährigen Talfahrt von diesen Impulsen angeregt. Zudem wirken sich die steigenden Real-einkommen stimulierend auf den Wohnungsbau aus. Allerdings setzt sich bei den Bauinvestitionen die gesplante Entwicklung zwischen West- und Ostdeutschland fort.

Schließlich werden vom Auftrieb der Nachfrage und der Produktion auch die privaten Haushalte profitieren und angesichts ihrer spürbar steigenden Einkommen die **Konsumausgaben** wieder etwas kräftiger ausweiten. Großen Anteil am Einkommenszuwachs haben die steuerlichen Erleichterungen infolge der Erhöhung des Grundfreibetrages bei der Einkommenssteuer und der weiteren Absenkung der Eingangs- und Spitzensteuersätze.

Mit der Verstärkung der konjunkturellen Aufwärtsbewegung verbessern sich die wirtschaftlichen Voraussetzungen für den Abbau der Arbeitslosigkeit im Jahr 2000 deutlich. Dies gilt insbesondere, sofern die Lohnpolitik, wie vom IWH erwartet, wieder auf einen Kurs der Lohnzurückhaltung einschwenkt. Für diese Annahme spricht die weiterhin hohe Arbeitslosigkeit. Zwar werden derzeit Forderungen nach höheren Lohnsteigerungen wieder lauter, in dieser Prognose wird jedoch davon ausgegangen, dass die Einsicht eines positiven Zusammenhangs zwischen Lohnzurückhaltung und Beschäftigung im Zuge eines Aufschwungs die Oberhand behält. Moderate Lohnabschlüsse wirken kosten- sowie inflationsdämpfend und erhöhen die internationale Wettbewerbsfähigkeit inländi-

Abbildung 1:
Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland
- Saison- und arbeitstäglich bereinigt -



¹ Veränderung in vH gegenüber dem Vorquartal, rechte Skala.
² Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Schätzungen des IWH, 1999: 4. Quartal vorläufig, 2000: Prognose des IWH.

scher Unternehmen. Dadurch können sie den konjunkturellen Aufschwung und dessen Wirkung auf den Arbeitsmarkt verstärken.

Die Beschäftigung wird mit der üblichen Verzögerung auf die konjunkturelle Aufwärtsbewegung reagieren. Im Durchschnitt des Jahres 2000 werden 106.000 mehr Personen einer Erwerbstätigkeit nachgehen als im Vorjahr. Der Beschäftigungsaufbau bleibt jedoch auf Westdeutschland beschränkt; in Ostdeutschland wird die Beschäftigung insgesamt trotz fortgesetzter Expansion in der Industrie erneut sinken. Aufgrund vor allem demografischer Faktoren wird die Arbeitslosigkeit in Deutschland stärker zurückgehen als die Beschäftigung steigt. Der Rückgang beläuft sich auf 187.000 Personen.

Das monetäre Umfeld ist freundlich. Die gegenwärtig vom niedrigen Außenwert des Euro noch ausgehenden anregenden konjunkturellen Impulse werden zwar im Laufe des Jahres 2000 ausklingen, merkliche Zinssteigerungen sind jedoch nicht zu erwarten. Die Preissteigerung bleibt deutlich unter 2 vH und dürfte – nach der lpreisbedingten Beschleunigung im Winterhalbjahr – etwas abflachen. Der Aufschwung verläuft damit spannungsfrei und geldpolitischer Handlungsbe-

darf ist nicht angezeigt, sofern die Lohnentwicklung auch im Euroraum moderat verläuft.

Von der Finanzpolitik gehen kurzfristig gegenläufige Einflüsse auf die Konjunktur aus. Während das Sparprogramm für sich genommen kontraktiv wirkt, sind die Impulse von der Reform der Einkommensteuer auf die privaten Konsumausgaben positiv. Der Unternehmenssektor wird durch die mit dem Einkommensteuerentlastungsgesetz 1999/2000/2002 getroffenen Regelungen im Prognosezeitraum belastet. Anders als im Entwurf der Bundesregierung zur Reform der Unternehmenssteuer vorgesehen, sollten alle Einkünfte unabhängig von ihrem Ursprung steuerlich möglichst gleich behandelt und eine deutlichere Nettoentlastung erreicht werden.

Das Jahr 1999 war kein gutes Jahr für die Konjunktur in Deutschland und in Europa. Der von den Krisenregionen in Südostasien, in Russland und in Lateinamerika ausgelöste Nachfrageschock führte zu einer Verlangsamung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, die in Deutschland besonders stark ausfiel. Infolge ihrer überdurchschnittlichen Exportabhängigkeit, aber auch der schwächeren Binnenkonjunktur blieben Deutschland und Italien die Schlusslichter auf der Konjunkturskala im Euroraum. Im späteren Verlauf von 1999 hat sich die konjunkturelle Expansion im Zuge der Überwindung der Krisen und ihrer Folgen wieder verstärkt und ist nunmehr deutlich aufwärts gerichtet. Für den Euroraum erwartet das IWH in diesem Jahr einen Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Aktivität um 2,9 vH nach 2,1 vH im Vorjahr. Deutschland wird im Sog der Erholung in der Weltwirtschaft mit einem Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts von 2,8 vH wieder Anschluss an das durchschnittliche Expansionstempo der Euro-länder erreichen.

Exporte – wieder Motor der Konjunktur

Im Jahr 2000 werden sich die Auslandsmärkte der deutschen Wirtschaft ausweiten. In den südostasiatischen Volkswirtschaften hält der Erholungsprozeß an, und in Japan scheint die Rezession überwunden zu sein. In den USA war die gesamtwirtschaftliche Aktivität bis zuletzt sehr schwungvoll, wird allerdings im Jahr 2000 etwas

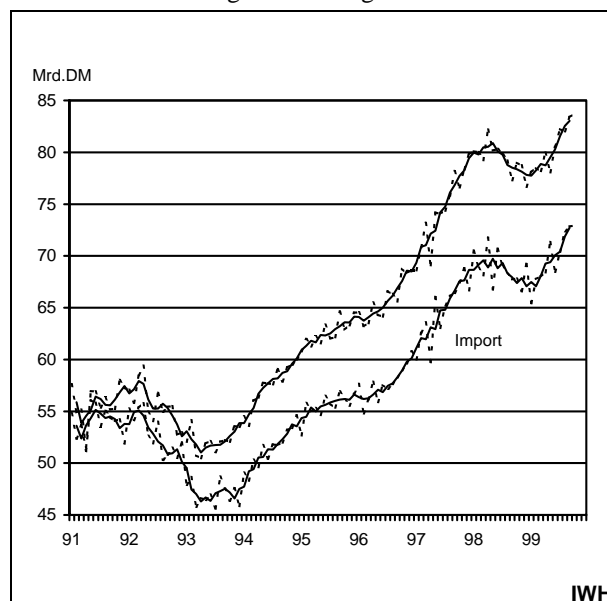
Tabelle 1:
Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose des IWH für Deutschland 2000

	1998	1999	2000
	<i>reale Veränderung geg. dem Vorjahr in vH</i>		
Private Konsumausgaben	2,3	2,0	2,3
Staatskonsum	0,5	0,3	0,2
Anlageinvestitionen	1,4	2,2	3,3
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	9,9	5,6	6,7
Bauten	-3,9	-0,2	0,8
Letzte inländische Verwendung	2,5	1,9	2,1
Exporte	7,0	3,8	7,8
Importe	8,5	5,8	6,0
Bruttoinlandsprodukt	2,2	1,4	2,8
Westdeutschland	...	1,4	2,8
Ostdeutschland	...	1	2¼
<i>Nachrichtlich:</i>			
Euroraum	2,8	2,1	2,9
	<i>Veränderung geg. dem Vorjahr in vH</i>		
Tariflöhne je Stunde	1,9	2,9	2,0
Effektivlöhne je Stunde	1,3	2,6	2,0
Lohnstückkosten je Stunde	0,5	1,3	-1,4
Preisindex für die Lebenshaltung	1,0	0,6	1,2
	<i>in 1.000 Personen</i>		
Erwerbstätige (Inland) ^a	35.999	36.103	36.209
Westdeutschland	29.777	29.894	30.022
Ostdeutschland	6.222	6.209	6.187
Arbeitslose ^b	4.279	4.099	3.912
Westdeutschland	2.904	2.756	2.592
Ostdeutschland	1.375	1.344	1.320
	<i>in vH</i>		
Arbeitslosenquote ^c	10,6	10,2	9,8
Westdeutschland	8,9	8,4	7,9
Ostdeutschland	18,1	17,8	17,6
	<i>in vH des BIP</i>		
Defizitquote des Staates	1,7	1,2	1,2

^a Einschließlich der geförderten Personen in Arbeitsbeschaffungs- und Struktur Anpassungsmaßnahmen. – ^b Nationale Definition. – ^c Arbeitslose in vH der Erwerbspersonen (Inland).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Prognose des IWH.

Abbildung 2:
Warenhandel Deutschlands (Spezialhandel)
- Monatswerte und gleitender Dreimonatsdurchschnitt,
saison- und arbeitstäglich bereinigt -



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

an Tempo verlieren. In Lateinamerika kann mit einem beschleunigten Anstieg der Produktion gerechnet werden. Die mittelosteuropäischen Reformländer profitieren vor allem von der konjunkturellen Belebung in Westeuropa. Die Konjunktur im Euroraum ist wieder kräftig. Gleichwohl bestehen weiterhin Risiken, beispielsweise ein abrupter Nachfrageeinbruch in den USA oder eine Verzögerung bei der Überwindung der Rezession in Japan. Der Welthandel wird kräftig expandieren.

Das insgesamt verbesserte weltwirtschaftliche Umfeld wirkt sich im Jahr 2000 belebend auf die deutsche Exportkonjunktur aus. Die Nachfrageimpulse infolge des sich festigenden weltwirtschaftlichen Aufschwungs und der wieder anziehenden Konjunktur in wichtigen Handelspartnerländern haben sich verstärkt. Das wird sowohl im Anstieg der Bestellungen aus dem Ausland als auch in der Zunahme der Auslandsgeschäfte inländischer Unternehmen deutlich. Gestützt wird diese Entwicklung durch die Niedrigbewertung des Euro, die sich besonders für die Lieferungen in den Dollarraum günstig auswirkt und noch einige Zeit nachwirken dürfte.

Die Ausfuhr befindet sich wieder auf dem Expansionspfad, den sie bei Ausbruch der Finanz-

Tabelle 2:
Exporte und Importe Deutschlands an Waren und Dienstleistungen
- in Preisen von 1995 -

	1998	1999	2000
	<i>in Mrd. DM</i>		
Exporte	1.075,6	1.116,7	1.204,3
Importe	1.015,0	1.074,1	1.138,0
Außenbeitrag	60,6	42,6	66,3
	<i>Veränderung geg. Vorjahr in vH</i>		
Exporte	7,0	3,8	7,8
Importe	8,5	5,8	6,0

Quellen: Statistisches Bundesamt, Prognose des IWH.

und Währungskrisen in den südostasiatischen Ländern verlassen hatte. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Exportunternehmen wird sich angesichts der rückläufigen Entwicklung der Lohnstückkosten gegenüber anderen Anbietern aus dem Euroraum leicht verbessern.

Die Einfuhr nahm aufgrund der geringeren Expansion der binnenwirtschaftlichen Aktivität 1999 schwächer zu als noch im Jahr zuvor, jedoch stiegen die Importe im Jahresdurchschnitt stärker als die Exporte, und der Außenbeitrag sank deutlich. Mit dem Anziehen der Binnenkonjunktur dürfte zwar auch die Einfuhr wieder zulegen. Allerdings bleibt ihr Anstieg hinter dem der Ausfuhr zurück, so dass nicht nur der Export, sondern auch die Außenwirtschaft insgesamt anregend wirkt. Ein Viertel des Zuwachses des Bruttoinlandsproduktes wird im Jahr 2000 aus dem Anstieg des Außenbeitrags kommen.

Ausrüstungsinvestitionen im Aufwind

Nach einer kräftigen Investitionskonjunktur im Jahr 1998 hatte die Entwicklung der Ausrüstungsinvestitionen 1999 an Dynamik verloren. Insbesondere die Auswirkungen der internationalen Krisen und hohe Lohnabschlüsse hatten die Gewinnaussichten und damit die Investitionsneigung der Unternehmen gedämpft.

Es mehren sich die Anzeichen dafür, dass die Ausrüstungsinvestitionen im Jahr 2000 wieder

stärker expandieren werden. So sind die vorlaufenden Indikatoren, wie die Inlandsumsätze und die Auftragseingänge bei den Investitionsgüterherstellern aus dem Inland, in der Grundtendenz aufwärtsgerichtet.

Wesentlicher Grund für die im Prognosezeitraum wieder kräftigeren Ausrüstungsinvestitionen sind die insgesamt optimistischeren Gewinnerwartungen der Unternehmen. Die internationalen Krisen haben lediglich temporär negative Wirkungen entfaltet und sind nunmehr weitgehend abgeklungen. Die damit verbundene Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage auf den für die deutsche Wirtschaft wichtigen Außenmärkten hat die Absatzperspektiven im Export wieder verbessert. Anregend wirkt auch die im Prognosezeitraum dynamischere binnenwirtschaftliche Entwicklung. Ein weiterer Grund für ein stärkeres Anziehen der Ausrüstungsinvestitionen ist zudem die für die Unternehmen günstigere Entwicklung wichtiger Kostenbestandteile. So dürften die Lohnabschlüsse im Vergleich zu 1999 moderater ausfallen. Zudem wird in der geplanten Unternehmenssteuerreform ab dem Jahr 2001 eine, wenn auch geringe Nettoentlastung in Aussicht gestellt. Außerdem sind durch die geplante Einschränkung der Abschreibungsmöglichkeiten Vorzieheffekte im Prognosezeitraum zu erwarten.

Die im Vergleich zum Vorjahr erhöhten Zinsen werden die Investitionen zwar nicht hemmen, aber auch nicht mehr anregend wirken. Ein Risiko für die Investitionsentwicklung könnte jedoch dann entstehen, wenn die Unternehmenssteuerreform und eine damit verbundene Nettoentlastung der Unternehmen scheitert.

Alles in allem hellen sich die Gewinnerwartungen der Unternehmen im Jahr 2000 auf. Hierauf deuten auch die zuletzt wieder überwiegend positiven Geschäftserwartungen der Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes hin. Die Rentabilität von Sachanlagen dürfte insgesamt wieder zunehmen und die Nachfrage nach Ausrüstungsgütern stimulieren. Zudem wird die Kapazitätsauslastung steigen und Erweiterungsinvestitionen notwendig machen. Im Jahr 2000 werden die Ausrüstungsinvestitionen einschließlich der sonstigen Anlagen um 6,7 vH nach 5,6 vH im Jahr 1999 zunehmen.

Bauinvestitionen leicht aufwärtsgerichtet

Die seit 1995 anhaltende Talfahrt der Bauinvestitionen in Deutschland hat sich 1999 fortgesetzt, der Rückgang fiel mit -0,2 vH allerdings deutlich schwächer aus als in den zurückliegenden Jahren. Stützend wirkten Impulse aus dem westdeutschen Wohnungsbau sowie die – wenn auch zögerliche – Tendenzwende im gewerblichen Bau der alten Länder. In Ostdeutschland gingen dagegen die Bauinvestitionen mit knapp -2 vH noch einmal spürbar zurück. Im Prognosezeitraum werden die Bauinvestitionen in Westdeutschland im Sog der allgemeinen konjunkturellen Erholung weiter anziehen. Der Beitrag der Bauinvestitionen insgesamt zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum ist aber wegen der anhaltenden, wenn auch schwächer werdenden Nachfrageausfälle auf dem ostdeutschen Bauproduktmarkt vorerst noch gering.

Im Jahr 2000 wird sich die Tendenzwende im *Wohnungsbau* Deutschlands endgültig durchsetzen, der Zuwachs wird jedoch vor allem aufgrund bestehender Wohnungsleerstände in Ostdeutschland eher moderat ausfallen. Ausschlaggebend für die Aufwärtsbewegung bleiben der Einfamilienhausbau und die Modernisierung des Altbestandes. Sie werden begünstigt durch merklich steigende Realeinkommen, einen eher schwachen Baupreisanstieg und zunehmend kostengünstige Bauweisen. Die Hypothekenzinsen werden zwar noch etwas anziehen, bleiben aber unter dem langfristigen Durchschnitt. Die vorgesehene Absenkung der Einkommensgrenzen bei der Eigenheimzulage dürfte dagegen nicht ganz ohne dämpfende Wirkung auf die Bauaktivitäten bleiben. Im Mehrfamilienhausbau hat sich die konjunkturelle Lage noch nicht nennenswert verbessert. Insbesondere in Ostdeutschland halten die Vermietungsprobleme und der Druck auf die Mieten wegen bestehender Überkapazitäten an, so dass die Baunachfrage hier in den nächsten Jahren weiter nachgeben wird.

Der Nichtwohnbau erhält im Prognosezeitraum vor allem vom westdeutschen *gewerblichen Bau* Impulse. Im Sog der gesamtwirtschaftlichen Expansion werden nach mehrjähriger zurückhaltender Bautätigkeit wieder Erweiterungsbauten in Westdeutschland notwendig. So signalisiert die Genehmigungsstatistik in den alten Bundesländern einen

Tabelle 3:

Entwicklung der Bauinvestitionen in Deutschland
- Veränderung gegenüber Vorjahr in vH, Preise 1995 -

	1998	1999	2000
Deutschland	-3,9	-0,2	0,8
Wohnbauten	-3,6	-0,3	0,5
Nichtwohnbauten	-4,2	-0,2	1,3
Gewerbliche Bauten	-3,3	-2,5	1,8
Öffentliche Bauten	-6,7	5,7	0,0
Alte Bundesländer	-2,3	0,4	1,9
Wohnbauten	-1,7	0,5	1,4
Nichtwohnbauten	-3,1	0,2	2,5
Neue Bundesländer	-7,7	-1,7	-1,6
Wohnbauten	-9,1	-2,7	-2,5
Nichtwohnbauten	-6,3	-0,8	-0,8

Quellen: Statistisches Bundesamt; Prognose des IWH.

kräftigen Zuwachs beim Bau von Büro- und Verwaltungsgebäuden sowie Fabrik- und Werkstattgebäuden. In Ostdeutschland setzt sich dagegen die rückläufige Grundtendenz im Wirtschaftsbau insgesamt fort, auch wenn sich im Bereich der industriellen Bauten eine leichte Erholung andeutet.

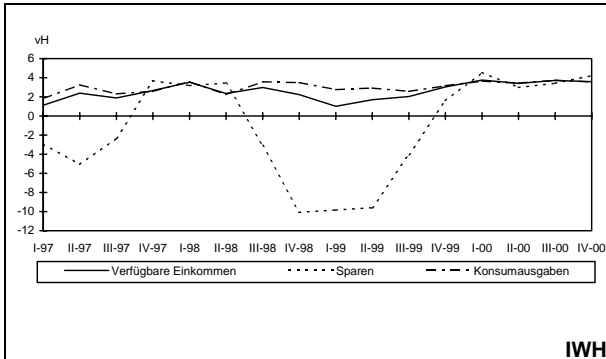
Nach sechs Jahren kräftiger Einschränkungen im Bereich der *öffentlichen Bauten* hatte sich 1999 eine Entspannung abgezeichnet. Diese wird allerdings aus statistischen Gründen stark überzeichnet, da in dieser Größe Grundstücksverkäufe des Staates enthalten sind, die im Vergleich zum Vorjahr schwächer ausfielen. Für das Jahr 2000 erwartet das IWH eine Stabilisierung der Investitionsaktivitäten des Staates bei allerdings leicht zunehmender Bautätigkeit.

Konsumausgaben der privaten Haushalte stützen die Konjunktur

Der private Verbrauch war im Jahr 1999 eine Stütze der Konjunktur. Die Konsumausgaben der privaten Haushalte stiegen nominal um 2,8 vH und real um 2,0 vH. Der Zuwachs des privaten Konsums wurde durch die zu Jahresbeginn in Kraft getretenen steuerlichen Entlastungen der Einkommen der privaten Haushalte sowie durch die Anhebung der Tariflöhne um rund 3 vH begünstigt. Weitere Entlastungen infolge der Senkung des

Abbildung 3:

Entwicklung der verfügbaren Einkommen, der Konsumausgaben und des Sparens der privaten Haushalte
- Veränderung gegenüber dem Vorjahresquartal in vH -



Quellen: Statistisches Bundesamt; Prognose des IWH.

Beitragssatzes zur Rentenversicherung im April 1999 um 0,4 Prozentpunkte (Arbeitnehmeranteil) wurden durch die gleichzeitige Einführung der ökologischen Steuerreform in ihrer Wirkung zurückgenommen. Da die Lage auf dem Arbeitsmarkt stagnierte und das bezahlte Arbeitsvolumen weiterhin rückläufig war, expandierten die Arbeitseinkommen insgesamt eher schwach. Dagegen stiegen die übertragenen Einkommen des Staates an die privaten Haushalte (monetäre Sozialleistungen) insbesondere durch die Erhöhung des Kindergeldes beachtlich. Die Selbständigen- und Vermögenseinkommen entwickelten sich im Gefolge der gedämpften Konjunktur im Vergleich zu den Vorjahren unterdurchschnittlich. Alles in allem nahmen die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte mit 2,1 vH nur leicht zu. Da die Haushalte weniger sparten als im Vorjahr, konnten sie ihre Konsumausgaben dennoch beinahe ebenso stark wie im Jahr zuvor ausweiten.

Im Jahr 2000 werden die nominalen Konsumausgaben stärker als im Jahr davor expandieren. Trotz der hier unterstellten niedrigeren Tarifneuabschlüsse mit rund 2 vH werden die Nettoeinkommen beachtlich zulegen. Ausschlaggebend dafür sind die weitere steuerliche Entlastung der Einkommen (Erhöhung des Grundfreibetrages auf 13.499 DM, Absenkung der Eingangs- und Spitzensteuersätze auf 22,9 vH bzw. 51 vH), die Verringerung des Beitragssatzes zur Rentenversicherung um 0,1 Prozentpunkte (Arbeitnehmeranteil)

Tabelle 4:

Verfügbare Einkommen und Konsumausgaben der privaten Haushalte^a in Deutschland
- Veränderung gegenüber Vorjahr in vH -

	1998	1999	2000
Verfügbare Einkommen, nominal	2,8	2,1	3,7
darunter:			
Nettolohn- und -gehaltsumme	1,7	1,7	2,7
Monetäre Sozialleistungen (netto)	1,5	3,3	1,9
Selbständigen-, Vermögenseinkommen	6,5	3,0	7,4
Sparen	-1,1	-5,8	3,9
Private Konsumausgaben, nominal	3,2	2,8	3,6
<i>Nachrichtlich:</i>			
Bruttolohn- und -gehaltsumme	1,6	2,2	2,0
Sparquote (in vH)	10,0	9,2	9,2
Preisindex des privaten Konsums	0,9	0,9	1,3
Private Konsumausgaben, real	2,3	2,0	2,3

^a Einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Prognose des IWH.

im Rahmen der zweiten Stufe der ökologischen Steuerreform sowie die Verbesserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt. Die im „Zukunftsprogramm 2000“ enthaltene Streichung der originären Arbeitslosenhilfe sowie die zum 1. Juli 2000 beschlossene Begrenzung der Rentenanhebung auf die Höhe der Inflationsrate dürften durch die Aufstockung des Kindergeldes im Rahmen des Familienleistungsausgleichs von 250 DM auf 270 DM nur zu einem Teil wettgemacht werden, so dass die monetären Sozialleistungen an die privaten Haushalte schwächer steigen werden als 1999. Die Selbständigen- und Vermögenseinkommen werden infolge der konjunkturellen Belebung deutlich zunehmen. Somit dürften die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte mit 3,7 vH merklich stärker expandieren als im Jahr 1999.

Diese deutliche Einkommensdynamik sollte auch die Sparbereitschaft der privaten Haushalte beflügeln und dem langjährigen Trend der sinkenden Sparquote entgegenwirken. Obwohl die Verbraucherpreise wieder anziehen, dürften die realen Verbrauchsausgaben dennoch steigen.

Konsumausgaben des Staates im Zeichen der Haushaltskonsolidierung

Im Jahr 1999 stiegen die Konsumausgaben des Staates in nominaler Rechnung um 2,4 vH an. Aufgrund der überdurchschnittlichen Preisentwicklung bei den Vorleistungen sowie des hohen Tarifabschlusses im öffentlichen Dienst wuchs der reale Staatskonsum allerdings nur um 0,3 vH. Auch im Jahr 2000 wird er nur leicht zulegen. Nominal werden sich die Konsumausgaben des Staates schwächer als im Vorjahr erhöhen, da die Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst – nicht zuletzt aufgrund des Sparpakets – wieder moderater ausfallen werden.

Kräftige Expansion der Produktion

Die merklich anziehende Nachfrage hat der im Winterhalbjahr 1998/99 lahrenden Konjunktur wieder Schwung verliehen. Der entscheidende Impuls kam von der Auslandsnachfrage. Im vierten Quartal 1999 nahm das Bruttoinlandsprodukt gegenüber dem Vorjahresquartal um etwa 2 vH zu. Ein wesentlicher Beitrag dazu kam vom Verarbeitenden Gewerbe, das nunmehr wieder zügig expandierte.

Tabelle 5:
Sektorale Bruttowertschöpfung in Deutschland
- Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH, in Preisen von 1995 -

	1998	1999	2000
Produzierendes Gewerbe	2,2	0,6	3,6
darunter:			
Verarbeitendes Gewerbe	4,7	1,0	4,7
Baugewerbe	-5,1	-0,9	0,7
Handel, Gastgewerbe,			
Verkehr	3,4	2,5	3,1
Finanzierung, Vermietung und			
Unternehmensdienstleistungen	4,1	3,8	4,5
Öffentliche und private			
Dienstleister	0,5	0,1	0,3
Bruttoinlandsprodukt	2,2	1,4	2,8

Quellen: Statistisches Bundesamt; Prognose des IWH.

Im Jahresdurchschnitt stieg das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland jedoch nur um 1,4 vH. In Ostdeutschland war der Produktionszuwachs mit

etwa 1 vH noch geringer. Hier schlug sich die nach wie vor rückläufige Wertschöpfung im Baugewerbe nieder. Das Verarbeitende Gewerbe konnte im Jahre 1999 nicht an die hohen Zuwachsraten der Vorjahre anknüpfen, da auch die ostdeutschen Industrieunternehmen von der exportinduzierten Schwäche getroffen wurden.

Die gesamtwirtschaftliche Produktion wird sich im Jahr 2000 beschleunigen. Das Bruttoinlandsprodukt wird um 2,8 vH gegenüber dem Vorjahr zunehmen. Getragen wird der Produktionszuwachs vom Verarbeitenden Gewerbe, das insbesondere von der kräftigen Auslandsnachfrage profitieren wird. Auch im Jahr 2000 wird die Produktion in Ostdeutschland mit 2¼ vH schwächer expandieren als in Deutschland insgesamt. Die Wertschöpfung in der Industrie wird zwar deutlich stärker zunehmen als im Vorjahr, im Baugewerbe wird sie jedoch weiterhin schrumpfen und somit die Ausdehnung der Produktion in der Gesamtwirtschaft Ostdeutschlands bremsen.

Entwicklung am Arbeitsmarkt bleibt gespalten

Die Lage auf dem deutschen Arbeitsmarkt hat sich 1999 etwas aufgehellt. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen nahm in Deutschland jahresdurchschnittlich um 180.000 Personen gegenüber dem Vorjahr ab. In Westdeutschland waren 148.000 und in Ostdeutschland 31.000 Personen weniger arbeitslos gemeldet als im Vorjahr.

Im Gefolge der Produktionsschwäche verringerte sich die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland im Sommerhalbjahr saisonbereinigt um etwa 80.000 Personen. Im vierten Quartal kam der Beschäftigungsrückgang zum Stillstand. Dabei setzte sich jedoch die gesplattene Entwicklung am Arbeitsmarkt fort: Während in Westdeutschland die Zahl der Erwerbstätigen leicht zunahm, ging die Beschäftigung in Ostdeutschland weiter zurück. Hier wurden insbesondere im Baugewerbe und beim Staat weiter per saldo Arbeitsplätze abgebaut. Hinzu kommt die Rückführung von Beschäftigung schaffenden Maßnahmen. Der Wegfall an subventionierter Beschäftigung konnte nur in sehr geringem Maße durch reguläre Arbeitsplätze ersetzt werden.

Tabelle 6:
Eckdaten des Arbeitsmarktes in Deutschland
- Jahresdurchschnitt in 1.000 Personen -

	Deutschland			Westdeutschland			Ostdeutschland		
	1998	1999	2000	1998	1999	2000	1998	1999	2000
Erwerbstätige (Inland)	35.999	36.103	36.209	29.777	29.894	30.022	6.222	6.209	6.187
darunter:									
ABM-Beschäftigte ^a	385	430	410	71	82	80	314	348	330
Berufliche									
Vollzeitweiterbildung	329	330	320	180	195	190	149	135	130
Vorruhestandler ^b	202	203	200	110	113	112	92	90	88
Arbeitslose ^c	4.279	4.099	3.912	2.904	2.756	2.592	1.375	1.344	1.320
Arbeitslosenquote ^d	10,6	10,2	9,8	8,9	8,4	7,9	18,1	17,8	17,6

^a Einschließlich Strukturanpassungsmaßnahmen. – ^b Einschließlich der Arbeitslosen nach § 428 SGB III. – ^c Nationale Definition. – ^d Arbeitslose in vH der Erwerbspersonen (Inland).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Prognose des IWH.

Die Arbeitsmarktlage wird sich erst im Verlauf des Jahres 2000 etwas verbessern. Die Zahl der Erwerbstätigen wird gegenüber 1999 um etwa 106.000 Personen bzw. 0,3 vH zunehmen. Der Beschäftigungsaufbau bleibt jedoch auf Westdeutschland beschränkt, wo die Zahl der Erwerbstätigen jahresdurchschnittlich um etwa 128.000 Personen gegenüber dem Vorjahr zunehmen wird. In Ostdeutschland wird zwar die Beschäftigung in der Industrie leicht steigen. Insgesamt sinkt hier die Erwerbstätigkeit erneut um 22.000 Personen, davon um etwa 18.000 Personen im zweiten Arbeitsmarkt.

Die Zahl der Arbeitslosen geht im Prognosezeitraum jahresdurchschnittlich mit knapp 190.000 Personen stärker zurück, als die der Erwerbstätigen steigt. Entscheidend hierfür ist insbesondere der erneute Rückgang des Arbeitsangebots, der hauptsächlich durch Altersstruktureffekte, die Verringerung der Zuwanderung von Aussiedlern und den Übergang in den vorzeitigen Ruhestand bedingt ist. In Ostdeutschland kommt zudem der anhaltende Rückgang der Erwerbsbeteiligung infolge verlängerter Ausbildungszeiten hinzu. Im Durchschnitt des Jahres 2000 dürfte die Zahl der registrierten Arbeitslosen in Deutschland etwa 3,91 Millionen Personen betragen. In Westdeutschland

sinkt die Arbeitslosigkeit um 164.000 Personen auf 2,59 Millionen Personen; in Ostdeutschland um 24.000 auf 1,32 Millionen.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt wird weiterhin – wenn auch auf etwas niedrigerem Niveau – durch den Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente beeinflusst. Im Durchschnitt des Jahres 2000 werden in Deutschland etwa 410.000 Personen – darunter allein 330.000 Personen in Ostdeutschland – in Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen gefördert werden. Auffallend ist, dass von letzteren in Ostdeutschland inzwischen mehr als die Hälfte auf der Basis von Lohnkostenzuschüssen für Wirtschaftsunternehmen tätig ist. Da die Fördervoraussetzungen bis vor wenigen Monaten relativ leicht zu erfüllen waren, ist zu vermuten, dass hier ein hoher Anteil von Mitnahmeeffekten vorliegt, d. h. von Förderfällen bei Einstellungen, die auch ohne Förderprogramm erfolgt wären. Streng genommen sind die betroffenen Personen dem ersten Arbeitsmarkt zuzurechnen. Schätzungen über den Anteil der Mitnahmeeffekte liegen aber bislang nicht vor. Festzuhalten bleibt jedoch, dass die negative Dynamik am ersten Arbeitsmarkt im Umfang der Mitnahmeeffekte überzeichnet wird.

Preisanstieg ölpreisbedingt: Kein geldpolitischer Handlungsbedarf

In Deutschland wie auch in den anderen Ländern des Euroraums hat sich der Anstieg der Verbraucherpreise unter dem Einfluss der erhöhten Rohölpreise merklich verstärkt. Nach monatlich durchschnittlich 0,4 vH im ersten Halbjahr betrug der Anstieg der Lebenshaltungspreise in Deutschland im dritten Quartal 1999 0,7 vH gegenüber der Vorjahresperiode und zuletzt sogar 1,3 vH (Dezember). Ohne Berücksichtigung von Heizöl und Kraftstoffen belief sich die Preissteigerungsrate im Dezember 1999 jedoch auf nur 0,3 vH (vgl. Abbildung 4).

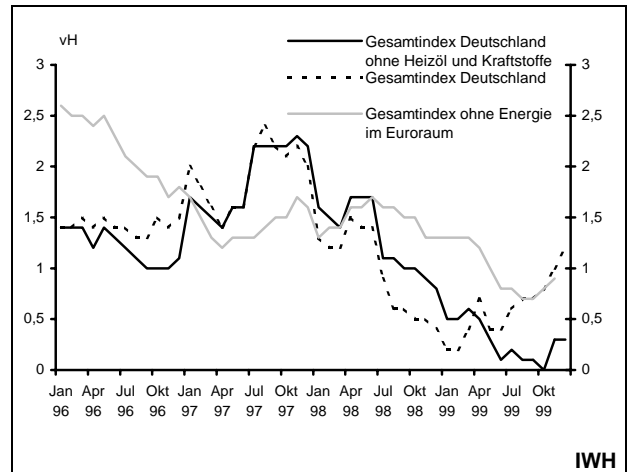
Da mit einer weiteren Zunahme der Rohölpreise nicht zu rechnen ist, handelt es sich bei dem verstärkten Anstieg des Preisniveaus um einen Preisniveausprung, d. h. eine einmalige Erhöhung des Preisniveaus, und nicht um eine Beschleunigung des Inflationsprozesses. Entsprechend dürften sich die Preisniveausteigerungsrate im Vorjahresvergleich nach einer statistisch bedingten abermaligen Verstärkung im Winter ab März wieder zurückbilden. Entscheidend hierfür ist, dass die Ölpreiserhöhung keine Berücksichtigung bei dem in die Tarifverhandlungen eingehenden Inflationsausgleich findet.

Das IWH geht davon aus, dass die Gewerkschaften nach der Unterbrechung im Jahr 1999 wieder einen Kurs der Lohnzurückhaltung einschlagen werden. Lohnsteigerungen in Höhe von rund 2 vH werden sich angesichts der wieder stärker zunehmenden Produktivität in ein Sinken der Lohnstückkosten um reichlich 1 vH übersetzen und damit dämpfend auf die Inflationsentwicklung sowie erhöhend auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit im Inland produzierender Unternehmen wirken. Kostendämpfende Effekte gehen zudem von der Senkung des Beitragsatzes zur Rentenversicherung um 0,2 Prozentpunkte aus. Zwar nehmen die Preiserhöhungsspielräume der Unternehmen im Zuge der konjunkturellen Belebung zu, sie bleiben jedoch angesichts des scharfen nationalen und internationalen Wettbewerbs beschränkt. Dies gilt umso mehr, als die Nachfrage nach inländischen Gütern zwar steigt, eine Überhitzung der Konjunktur jedoch keineswegs angelegt ist.

Abbildung 4:

Verbraucherpreisindex für Deutschland^a und Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI) für den Euroraum seit Januar 1996

- Veränderung gegenüber Vorjahresmonat in vH -



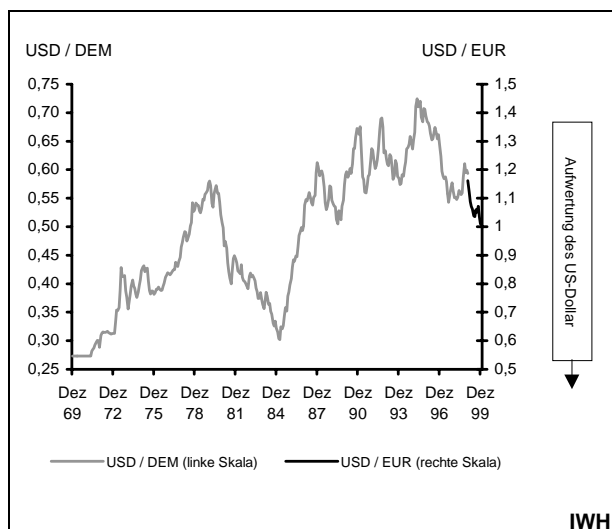
^a Deutschland: Preisindex für die Lebenshaltung aller privater Haushalte, Euroraum: Harmonisierter Verbraucherpreisindex.

Quellen: Europäische Zentralbank; Eurostat; Statistisches Bundesamt.

Auch im Euroraum insgesamt gibt es gesamtwirtschaftlich weder auf der Angebots- noch auf der Nachfrageseite Anzeichen für eine deutliche oder längerwährende Beschleunigung des Preisaufriffs. Zwar dominieren unter den Risiken für die Preisstabilität anders als noch im Frühjahr 1999 eindeutig die aufwärtsgerichteten Tendenzen, sie sind jedoch zu gering, als dass sie eine über die bereits erfolgte Zinserhöhung hinausgehende geldpolitische Straffung rechtfertigen würden. Im Verlauf der kommenden Monate ist infolge der erhöhten Opportunitätskosten der Geldhaltung mit einer Abschwächung des in den vergangenen Monaten mit rund 6 vH kräftigen Geldmengenwachstums zu rechnen. Die Preissteigerungsrate, die sich im Winterhalbjahr unter dem Einfluss der gestiegenen Ölpreise noch etwas erhöhen wird, dürfte ab dem Frühjahr spürbar abflachen. Eine entscheidende Voraussetzung für das Eintreffen dieser Prognose ist, dass die Lohnentwicklung auch im Euroraum insgesamt moderat bleibt und insbesondere die erhöhten Rohstoffpreise nicht nachvollzieht.

Die noch anhaltende Niedrigbewertung des Euro ist weiterhin durch das Spannungsverhältnis

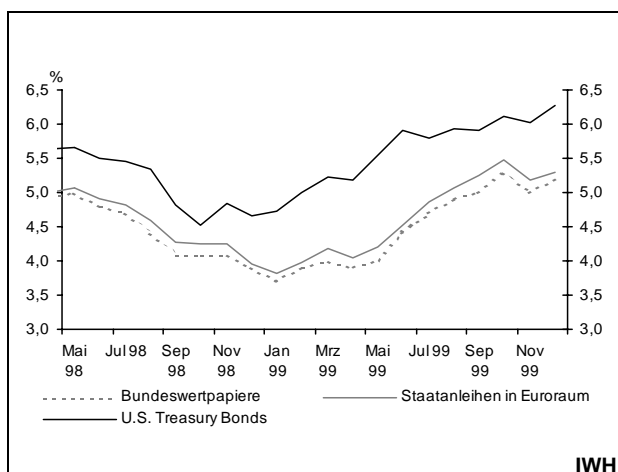
Abbildung 5:
Wechselkurs zwischen dem US-Dollar und der
D-Mark bzw. dem Euro seit Dezember 1969^a
- Monatswerte -



^a 1,03 USD / EUR = 0,53 USD / DEM = 1,90 DEM / USD.

Quellen: Deutsche Bundesbank; Europäische Zentralbank;
Berechnungen des IWH.

Abbildung 6:
Renditen zehnjähriger Staatsanleihen im Euroraum
und in den USA, Mai 1998 bis Dezember 1999
- Monatsdurchschnittswerte in % -



Quellen: Deutsche Bundesbank; EZB; Eurostat, Federal Reserve.

der robusten US-amerikanischen Wirtschaft und der sich erst allmählich festigenden gesamtwirtschaftlichen Entwicklung im Euroraum bestimmt. Ausgeprägte Kursschwankungen unter dem Einfluss asynchron verlaufender Konjunkturzyklen waren auch in der Vergangenheit keine Seltenheit.

Eine Annäherung der konjunkturellen Entwicklung bzw. eine Umkehr des Konjunkturfalles kann insbesondere im Falle existierender Leistungsbilanzungleichgewichte eine abrupte Neubewertung der Währungen nach sich ziehen. Eine derart bedingte Aufwertung des Euro ist mittelfristig zu erwarten, zumal sie in dem bestehenden Zinsdifferential zwischen dem Euroraum und den USA angelegt ist. Dabei dürfte die Aufwertung durch nachhaltige Portfoliumschichtungen zugunsten dieser internationalen Reservewährung verstärkt werden.

Alles in allem wirkt das monetäre Umfeld insbesondere durch den niedrigen Außenwert des Euro gegenwärtig noch anregend. Mit der zu erwartenden Aufwertung des Euro im Verlauf dieses Jahres entfallen zwar die stimulierenden Impulse, die monetären Rahmenbedingungen bleiben jedoch insofern günstig, als das unter der Voraussetzung lohnpolitischer Zurückhaltung weiterhin ruhige Preisklima mit nahezu unveränderten Zinsen einhergehenden dürfte. Nicht nur für den Euroraum, sondern auch für Deutschland kann das beschäftigungspolitische Primat der Lohnzurückhaltung im Zuge der nunmehr anziehenden Konjunktur nicht oft genug betont werden, zumal sich für Deutschland angesichts der überdurchschnittlich stark steigenden Dienstleistungspreise in den Regionen des Euroraums mit aufholender Entwicklung ein aus Sicht der EZB stabilitätskonformer Preisanstieg von deutlich unter 2 vH ergibt.

Finanzpolitik: Konsolidierungsprozess hält an

Die Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts nahmen im Jahr 1999 um 2,7 vH zu. Dies ist nicht zuletzt auf die gelockerten finanzpolitischen Zügel kurz nach dem Regierungswechsel zurückzuführen. Mitte des Jahres rückte die Haushaltskonsolidierung in den Vordergrund der Debatte. Die im Sparpaket auf Bundesebene für das Jahr 2000 vorgesehene lineare Kürzung der Ausgaben geht allerdings nicht mit einer Einsparung gleichen Umfangs im Gesamthaushalt einher.¹ Zum einen sind

¹ Zum Sparpaket vgl. DIW, HWWA, ifo, IfW, IWH, RWI: Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 1999, in: IWH, Wirtschaft und Wandel 14/1999, Tabelle 2.6, S. 34.

im Sparpaket „Luftbuchungen“ in Höhe von 4,1 Mrd. DM enthalten. Zum anderen werden Ausgaben in Höhe von 9,3 Mrd. DM auf andere Gebietskörperschaften und die Sozialversicherungen überwältigt. Darüber hinaus sind globale Minderausgaben in Höhe von 5 Mrd. DM angesetzt, bei denen nach wie vor unklar ist, wie sie eingespart werden sollen. Auch wenn Anpassungsreaktionen nachgelagerter Ebenen zu erwarten sind, wird die kontraktive Wirkung des Sparpakets auf die Konjunktur wesentlich geringer sein als der ausgewiesene Umfang von 30 Mrd. DM vermuten ließe.

Die Staatseinnahmen stiegen im Jahr 1999 um 3,4 vH, die Steuereinnahmen sogar um 7 vH. Bei den gewinnabhängigen Steuern ist hierfür verantwortlich, dass Vorjahre mit guter Gewinnlage die Basis der Veranlagung waren. Darüber hinaus fielen aufkommensmindernde Faktoren, insbesondere im Zusammenhang mit der Wirtschaftsförderung Ost, geringer aus als in den Vorjahren. Bei den indirekten Steuern weist die Mehrwertsteuer eine hohe Dynamik auf. Dies ist zum Teil darauf zurückzuführen, dass im ersten Vierteljahr 1999 die zum 1. April 1998 erfolgte Mehrwertsteuererhöhung nachwirkte. Der Anstieg der Einnahmen resultierte aber auch aus dem Einkommensteuerentlastungsgesetz 1999/2000/2002. Im Jahr 2000 wird der Anstieg der Steuereinnahmen 2,9 vH betragen. Die Defizitquote wird bei 1,2 vH des Bruttoinlandsprodukts verharren.

Ein Schwerpunkt der Finanzpolitik lag auf der Reform des Steuer- und Sozialsystems. So erfolgte der Einstieg in die Ökosteuer. Dies ist im Grundsatz zu begrüßen. Kritisch anzumerken ist allerdings, dass die Steuer an den Verbrauch und nicht an die CO₂-Belastung anknüpft. Damit wird eine anzustrebende Substitution alternativer Energieträger nicht bewirkt. Es ist beabsichtigt, das Aufkommen der Ökosteuer zur Entlastung der Rentenkassen einzusetzen und so zu einer Absenkung des Beitragssatzes zur Rentenversicherung beizutragen. Nachdem es im abgelaufenen Jahr erstmalig seit 1994 wieder gelungen ist, die gesetzlich vorgeschriebene Schwankungsreserve der Rentenversicherung aufzufüllen, ist der Beitragssatz mit Beginn des Jahres 2000 auf 19,3 vH gesunken. Es

darf allerdings nicht übersehen werden, dass die Finanzen der Rentenversicherung nicht grundlegend saniert worden sind. Der Beschluss, die Renten in den Jahren 2000 und 2001 nur um einen Inflationsausgleich anzuheben, zeigt, wie notwendig eine grundsätzliche Reform der Alterssicherung ist.

Im Mittelpunkt der Reformen standen die direkten Steuern. Die seit Dezember 1998 verabschiedeten Steuerentlastungsgesetze zielen vorrangig auf eine Entlastung der Familien. Im Jahr 2000 folgt die zweite Stufe des Einkommensteuerentlastungsgesetzes 1999/2000/2002. Außerdem wird das Kindergeld infolge der Rechtsprechung zum Familienleistungsausgleich nochmals erhöht. Damit werden die Familien erneut entlastet. Für die Unternehmen führte die Ausweitung der Bemessungsgrundlage der direkten Besteuerung im Jahr 1999 trotz Tarifsenkung zu einer höheren steuerlichen Belastung. Zum 1. Januar 2001 soll eine Unternehmenssteuerreform durchgeführt werden, für die nun die Eckwerte vorliegen.

Bei Kapitalgesellschaften ist ein Körperschaftsteuersatz von 25 vH beabsichtigt. Werden Gewinne an die Anteilseigner ausgeschüttet, soll das Halbeinkünfteverfahren angewendet werden. Dividenden werden danach zur Hälfte in die Einkommensteuerveranlagung der Anteilseigner einbezogen. Diese Regelung bewirkt, dass im Unternehmen thesaurierte Gewinne deutlich geringer als ausgeschüttete Gewinne besteuert werden. Hinter dieser Trennung steht die Vorstellung, dass im Unternehmen belassene Gewinne wieder investiert werden und somit zu begünstigen sind, während ausgeschüttete Gewinne in den Konsum fließen und daher stärker zu besteuern sind. Diese Vorstellung trifft aber nicht zu. Es entsteht zwar ein Anreiz, Kapital im Unternehmen zu halten (Lock-In-Effekt), aber es besteht keine Gewähr, dass dieses Kapital zu beschäftigungsschaffenden Investitionen verwendet wird. Außerdem wird die Allokationsfunktion des Kapitalmarktes beeinträchtigt. Darüber hinaus werden Dividenden nach dem Halbeinkünfteverfahren nur zur Hälfte in die Einkommensteuerveranlagung einbezogen, wohingegen die Erträge anderer Anlagen voll besteuert werden. Damit wird die Anlageentscheidung der Sparer zu-

gunsten von Unternehmensanteilen verzerrt und aus gesamtwirtschaftlicher Sicht ist nicht mehr gewährleistet, dass Kapital in die bestmögliche Verwendung fließt.

Personengesellschaften sollen ebenfalls entlastet werden. Das Optionsmodell eröffnet die Wahlmöglichkeit, sich wie eine Kapitalgesellschaft besteuern zu lassen oder weiter zur Einkommensteuer veranlagt zu werden. Dieses Modell ist aber nur für große Unternehmen vorteilhaft. Bei Unternehmen, die sich für die Option entscheiden, entsteht wie bei den Kapitalgesellschaften ein Lock-In-Effekt. Außerdem erfordert dieser Ansatz eine – verwaltungstechnisch aufwendige – künstliche Trennung zwischen Unternehmen und Unternehmern.

Um mittlere Unternehmen zu entlasten, ist beabsichtigt, eine fiktive Gewerbesteuer, berechnet mit einem Hebesatz von 200 Punkten, bei der Einkommensteuer anzurechnen. Damit mindert eine Objektsteuer die Höhe einer Subjektsteuer. Das ist aus steuersystematischen Gründen abzulehnen. Außerdem führt die Anwendung des fiktiven Hebesatzes dazu, dass bei der Besteuerung der Einkünfte aus Unternehmertätigkeit eine strukturpolitische Komponente eingeführt wird. Unternehmen, deren Standort in Kommunen mit einem Gewerbesteuerhebesatz von mehr als 400 Punkten liegt, bleiben anteilig mit Gewerbesteuer belastet, und für Unternehmen, deren Standort in Kommunen mit einem geringeren Hebesteuersatz liegt, kommt es zu einer Überkompensation. Die direkte Besteuerung der Einkommen, die auf die subjektive Leistungsfähigkeit des Besteuerten abstellt, sollte aber nicht für strukturpolitische Zwecke instrumentalisiert werden.

Um kleine Unternehmen zu entlasten, die schon heute keine Gewerbesteuer zahlen, soll schließlich die für 2002 beschlossene Einkommensteuerreformstufe auf das Jahr 2001 vorgezogen werden. Zwei weitere Reformstufen sind geplant. Im Jahr 2005 wird der Grundfreibetrag nach den Plänen der Regierung bei 15.000 DM und der Eingangsteuersatz bei 15 vH liegen.

Insgesamt ist die steuerliche Entlastung ein Fortschritt. Die Senkung der nominalen Steuersätze auf 25 vH in der Unternehmenssteuer und maximal 45 vH in der Einkommensteuer wird darüber hinaus eine positive Signalwirkung haben. Allerdings werden die steuerlichen Regelungen durch die Reform stark verkompliziert, wodurch letztendlich wieder Ausweichmöglichkeiten entstehen. Der Vereinfachung des Steuerrechts wird jedenfalls keine Rechnung getragen. Unter Effizienzgesichtspunkten wäre es geboten, alle Einkunftsarten gleich zu behandeln. Die Spreizung der Spitzensteuersätze in der Einkommen- und Körperschaftsteuer ist damit zu beanstanden. Die Reform ist steuersystematisch bedenklich. Die Regierung weist in ihrem Entwurf bei einem Vergleich des im Jahre 2005 geltenden Rechts mit dem Jahr 1998 eine Nettoentlastung in Höhe von 73 Mrd. DM aus. Davon entfallen 54,3 Mrd. DM auf die privaten Haushalte, 17,1 Mrd. DM auf den Mittelstand und 1,6 Mrd. DM auf große Unternehmen. Die Entlastung zielt damit vorrangig auf die privaten Haushalte, weniger auf die Unternehmen.

*Arbeitskreis Konjunktur
(Hans-Ulrich Brautzsch, Kristina van Deuverden,
Ruth Grunert, Ingrid Haschke, Brigitte Loose,
Christian Schumacher, Michael Seifert,
Silke Tober und Udo Ludwig)*

Außenwirtschaftliche Probleme in Mittel- und Osteuropa bleiben trotz verbesserter Wachstumsaussichten

Die mittel- und osteuropäischen Länder haben im Jahresverlauf 1999 die Auswirkungen der Asien- und Russlandkrise weitgehend überwunden. Die Geschwindigkeit, mit der die Wachstumsschwäche der vergangenen anderthalb Jahre bewältigt werden konnte, reflektiert den Erfolg einzelner Länder bei der Umsetzung marktwirtschaftlicher Reformen und das Ausmaß der handelspolitischen Integration mit Westeuropa. Bei den in dieser Hinsicht am weitesten fortgeschrittenen Staaten ist mit einer deutlichen Belebung der wirtschaftlichen Aktivität in diesem Jahr zu rechnen. Die gesamte Region wird ein um 2,5 vH steigendes Bruttoinlandsprodukt verzeichnen, nach nur 1,5 vH im Jahr 1999. Während das Wachstum in der GUS stagniert, wird es sich in der übrigen Region erheblich erhöhen. In Mittelosteuropa wird die Inflationsrate weiter sinken, während in den baltischen Staaten, die 1999 praktisch stabile Preise erreichten, eine leichte Steigerung erfolgen wird.

Gleichwohl bestehen für alle Länder noch bedeutende wirtschaftspolitische Herausforderungen fort. So gilt es, vor allem die außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte zu korrigieren. Problematisch ist in mehreren Ländern die weitere Verschlechterung ihrer Wettbewerbsfähigkeit, nicht zuletzt aufgrund steigender Lohnstückkosten. Dies beeinträchtigt die Exportfähigkeit der Länder und verfestigt die ohnehin hohen Leistungsbilanzdefizite.

Nach wie vor hohe Handels- und Leistungsbilanzdefizite

Nachdem sich 1998 das außenwirtschaftliche Umfeld der Reformstaaten infolge der Krisen in Asien und in Russland erheblich verschlechtert hatte,² hellte sich das Bild inzwischen wieder auf. Einige Länder vermochten, ihre Handels- und Leistungsbilanzdefizite im ersten Halbjahr 1999 zu reduzieren (vgl. Tabelle 1). Einen positiven Einfluss auf die Exporttätigkeit der meisten Länder

hatte die sich beschleunigende westeuropäische Konjunktur. Stärkeren Einfluss auf die Entwicklung der Leistungsbilanz übte in diesen Ländern aber die Dämpfung der Importnachfrage aus, verursacht durch die schwache Inlandsnachfrage. In der Tschechischen Republik und in Rumänien ergab sich dies als Konsequenz wirtschaftspolitischer Anpassungsprogramme, die als Reaktion auf außenwirtschaftliche Ungleichgewichte ergriffen worden waren, während in den baltischen Ländern eine Rezession als Folge der Russlandkrise wirkte.

Insgesamt blieben die Handels- und Leistungsbilanzdefizite der mittel- und osteuropäischen Länder mit Ausnahme Tschechiens jedoch hoch. Neben den krisenbedingten Ursachen sind hierfür im Wesentlichen zwei Gründe ausschlaggebend. Zum einen litten viele Unternehmen der Region an einer ausgeprägten Exportschwäche, die auch durch die reale Aufwertung der Währungen hervorgerufen wurde. Zum anderen wurde die Leistungsbilanz einiger Länder durch den Kosovo-Konflikt in Mitleidenschaft gezogen. Insbesondere in Bulgarien und im geringeren Maße in Rumänien und Slowenien stiegen die Handelskosten durch blockierte Transportwege. Diese Länder mussten zudem erhebliche Ausfälle im Tourismusbereich verkraften.

Die Finanzierung der Defizite fand in einem geringeren Umfang als zuvor über zufließende Direktinvestitionen statt. In mehreren Ländern, insbesondere Estland, Bulgarien, Polen und der Slowakei wurden die Leistungsbilanzdefizite auch über einen Abbau der Devisenreserven finanziert.

Trotz Preisniveaustabilisierung Verlust an Wettbewerbsfähigkeit

Fast alle Länder Mittel- und Osteuropas erzielten bis 1999 große Fortschritte bei der Stabilisierung des Preisniveaus. Die feste Anbindung einiger Währungen an stabile ausländische Währungen bzw. die Einführung eines *Currency boards* ermöglichte es, Preisstabilität zu importieren. Mehrere Länder erreichten 1999 sogar weitgehend Preisstabilität (Tschechische Republik, Bulgarien, Lettland, Estland und Litauen). Ein zusätzlicher

² Vgl. BRÜGGEMANN, A.; WERNER, K.: Internationale Krisen dämpfen Wirtschaftswachstum in Mittel- und Osteuropa, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 1/1999, S. 15-24.

Tabelle 1:

Salden in den Handels- und Leistungsbilanzen in Mittel- und Osteuropa

	Saldo der Handelsbilanz ^a						Saldo der Leistungsbilanz					
	in Mio. US-Dollar ^b			in vH des BIP			in Mio. US-Dollar ^b			in vH des BIP		
	1997	1998	Jan.– Sep. 1999	1997	1998	Jan.– Sep. 1999 ^c	1997	1998	Jan.– Sep. 1999	1997	1998	Jan.– Sep. 1999 ^c
Bulgarien	380,4	-437,5	-462	3,7	-3,7	-6,1	426,7	-375,6	-469	4,2	-3,1	-6,0
Estland	-1.092	-1.172	-587,5	-24,3	-21,5	-15,7	-545	-504	-178	-12,0	-9,2	-4,8
Lettland	-1.051	-1.376	-509 ^d	-18,6	-21,5	-17,9 ^d	-346	-707	-131 ^d	-6,2	-11,1	-8,7 ^d
Litauen	-1.147	-1.518	-935,6	12,0	-14,1	-12,7	-981	-1.298	-844	-10,2	-12,2	-11,4
Polen	-11.269	-13.720	-10.057	-7,9	-8,7	-9,0	-4.268	-6.858	-7.994	-3,0	-4,3	-7,1
Rumänien	-2.849	-3.536	-745,7 ^d	-8,2	-9,3	-4,2 ^d	-2.137	-3.010	-721 ^d	-6,1	-7,9	-5,6 ^d
Slowakei	-2.010	-2.367	-667,4 ^e	-10,3	-11,6	-9,6 ^e	-1.347	-2.059	-763,8 ^e	-7,0	-10,1	- 10,9 ^e
Slowenien	-771,6	-774,9	-573,9	-5,1	-5,2	-5,1	36,6	-3,8	-431,8	0,2	0,0	-3,9
Tschechien	-4.393	-2.436	-991,8	-8,3	-4,3	-2,5	-3.213	-1.045	-167,4	-6,3	-1,9	-0,4
Ungarn	-1.964	-2.353	1.330 ^e	-4,3	-4,9	-3,9 ^e	-981	-2.298	-1.200 ^e	-2,1	-4,8	-3,6 ^e

^a Entsprechend der Zahlungsbilanzstatistik. – ^b Berechnet zu jahresdurchschnittlichen Wechselkursen. – ^c Ex-post-Prognose des IWH. – ^d 1. Halbjahr 1999. – ^e Bis August 1999.

Quellen: Nationale statistische Ämter; Zentralbanken; Berechnungen des IWH.

preisdämpfender Impuls resultierte 1999 aus der schwächeren gesamtwirtschaftlichen Nachfrage infolge der Asien- und der Russlandkrise. Mit einer Belebung der Nachfrage verstärken sich allerdings auch die Preisauftriebskräfte in den meisten Ländern wieder etwas. Insgesamt spiegelt sich die abnehmende Inflation in geringen realen Aufwertungen der mittel- und osteuropäischen Währungen gemessen an der Entwicklung der inländischen Verbraucherpreise wider. Die Deflationierung der Wechselkurse mit den Verbraucherpreisen fängt die Entwicklung der Wettbewerbsfähigkeit eines Landes jedoch nur unvollständig ein. Ein alternativer Indikator wird durch die Deflationierung mit Lohnstückkosten bei der Berechnung realer Wechselkurse bereitgestellt, da Lohnstückkosten unmittelbar die Kostensituation der Unternehmen beeinflussen.³

Gemessen in ECU bzw. Euro zeigt sich ein fortgesetzter Anstieg der Lohnstückkosten in Mittel- und Osteuropa (vgl. Tabelle 2). Der seit mehreren Jahren anhaltend stärkere Anstieg der mittel-

und osteuropäischen Lohnstückkosten verglichen z. B. mit denen anderer europäischer Länder, verschlechterte die Wettbewerbsposition der Länder auch im Jahr 1999.⁴

Lediglich Slowenien und die Tschechische Republik erzielten im ersten Halbjahr 1999 relativ moderate Zuwächse. Nach den starken Lohnsteigerungen bis zum Ausbruch der Währungskrise im Mai 1997 verbesserten sich nunmehr die Bedingungen für tschechische Unternehmen verlorene Marktanteile zurückzugewinnen. Einen besonders kräftigen Anstieg der Lohnstückkosten – gemessen in Euro – verzeichneten im Verlauf des ersten Halbjahrs 1999 Polen, die Slowakei, Ungarn sowie die baltischen Staaten. In den beiden erstgenannten Ländern trug dazu ein Rückgang der Arbeitsproduktivität bei, während in den anderen Ländern die Lohnsteigerungen dominierten.

Auf eine deutliche Verschlechterung des außenwirtschaftlichen Umfeldes für mehrere Länder Mittel- und Osteuropas weist auch die Analyse des IWH-Frühwarnindikatorensystems hin (vgl. Exkurs).

³ Vgl. BELLENDORF, H.: Die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft im weltweiten Strukturwandel. Europäische Hochschulschriften, Reihe 5, Volks- und Betriebswirtschaft, Bd. 1502, 1993, S. 103 ff.

⁴ So wird für die Gesamtheit der OECD-Länder mit 1,7 vH ein wesentlich geringerer Anstieg für 1999 erwartet. OECD Wirtschaftsausblick, Juni 1999, S. 263.

Exkurs: Frühwarnsignale signalisieren Leistungsbilanzprobleme

Frühwarnsysteme – wie der hier verwendete Signalansatz – versuchen Regelmäßigkeiten in dem Verhalten unterschiedlicher wirtschaftlicher Indikatoren zu identifizieren. Hiermit sollen frühzeitig bedenkliche Entwicklungen bei diesen Indikatoren erkannt und somit der Wirtschaftspolitik Möglichkeiten gegeben werden, mit ausreichendem zeitlichen Vorlauf auf potentiell krisenhafte Entwicklungen zu reagieren.^a

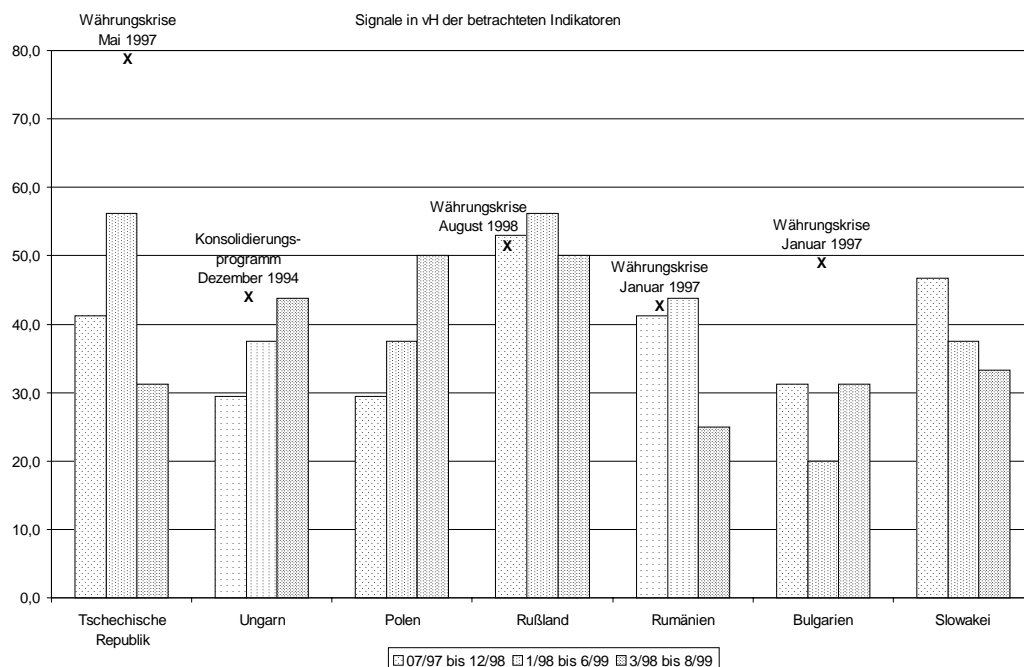
Im Rahmen des vom IWH verwendeten Signalansatzes werden innerhalb eines Betrachtungszeitraumes von 18 Monaten für jeden Indikator Grenzwerte bestimmt, deren Unter- bzw. Überschreiten als Signal des betreffenden Indikators gewertet werden. Je größer die Anzahl der Indikatoren, die ihre Grenzwerte verletzt haben, desto größer ist das vorherrschende Krisenpotential der betroffenen Volkswirtschaft. Je nach Untersuchungsgegenstand ist es zweckmäßig, die Gesamtheit der Indikatoren oder verschiedene Untergruppierungen näher zu betrachten (z. B. Leistungsbilanzindikatoren oder Finanzmarktindikatoren).

Die Analyse der Indikatoren bis Ende August 1999 deutet auf eine deutliche Verschlechterung in einigen Ländern hin (vgl. Abbildung).

Abbildung:

Aufleuchtende Signale während eines Betrachtungszeitraumes sowie zum Krisenzeitpunkt in ausgewählten Ländern Mittel- und Osteuropas

- in vH der Anzahl der Indikatoren-



Quellen: IMF: International Financial Statistics, verschiedene Ausgaben, BIS, Consolidated International Banking Statistics (formerly: The Maturity, Sectoral and Nationality Distribution of International Bank Lending) verschiedene Ausgaben; WIIW-Datenbank; Berechnungen des IWH.

Die Berechnung für Polen, Ungarn und Litauen bis zum August 1999 zeigt eine größere Anzahl von emittierten Warnsignalen als bis Juni.^b Insbesondere die Exporte, der reale Wechselkurs und die Devisenreserven deuten auf problematische Entwicklungen im außenwirtschaftlichen Bereich hin (vgl. Tabelle). Auch die Entwicklung der Industrieproduktion ist durch eine spürbare Verschlechterung gekennzeichnet. Im Falle Russlands ist nur ein Jahr nach der Finanzkrise ein erneuter Anstieg bei der Anzahl der Warnsignale im Finanzbereich zu beobachten, mit besonders negativen Entwicklungen bei der Ausdehnung der Kreditvergabe und dem Geldmengenwachstum. Die Anzahl der Signale ist bei den baltischen Ländern insgesamt zwar gering, doch ist hier neben der Aufwertung des realen Wechselkurses auch ein starker Anstieg der kurzfristigen Auslandsverschuldung zu verzeichnen. Entspannt hat sich dagegen die Lage nach Maßgabe der Frühindikatoren für die Slowakei, die Tschechische Republik und Rumänien.

Tabelle:
Verhalten der Indikatoren von Mai 1998 bis August 1999

Land	Bulgarien	Estland	Lettland	Litauen	Polen	Rumänien	Russland	Slowakei	Slowenien	Tschechien	Ungarn
Indikator											
Fiskalpolitik											
Budgetdefizit/BIP	✓		✓	✓✓	✓	✓	✓✓	✓	✓✓	✓	✓
Geldpolitik											
M2 Multiplikator						✓	✓				
Inländische Kredit/BIP		✓	✓	✓	✓		✓✓			✓	✓
Bankensektor											
Bank Einlagen							✓	✓			
Leistungsbilanz											
Exporte	✓✓	✓✓		✓✓	✓✓	✓✓	✓			✓	
Importe			✓								
Realer Wechselkurs		✓✓	✓✓	✓	✓						✓✓
Kapitalbilanz											
Devisenreserven		✓		✓	✓	✓✓	✓✓	✓✓	✓✓		✓✓
M2/Devisenreserven	✓✓			✓	✓✓			✓✓	✓✓	✓✓	✓✓
Zinsdifferential											
Auslandsverschuldung											✓✓
Kapitalflucht											
Kurzfristige Auslandsverschuldung	✓✓	✓	✓✓								
Wachstum											
Industrieproduktion					✓✓		✓	✓✓		✓✓	✓✓
Inländischer Nominalzins											
Kredit/Einlagenzins	✓✓			✓✓	✓✓		✓		✓		

✓ - Indikator sendete eine geringe Anzahl von Signalen während des Betrachtungszeitraums, ✓✓ - Indikator sendete mehrere Signale während des Betrachtungszeitraumes, kein Eintrag bedeutet, daß der Indikator kein Signal während des Betrachtungszeitraumes aussendete.

Quellen: IMF: International Financial Statistics, verschiedene Ausgaben, BIS, Consolidated International Banking Statistics (formerly: The Maturity, Sectoral and Nationality Distribution of International Bank Lending) verschiedene Ausgaben; WIIW-Datenbank; Berechnungen des IWH.

^a Zu der Methodik des Signalansatzes vgl. BRÜGGEMANN, A.; LINNE, T.: How good are leading indicators for currency and banking crises in Central and Eastern Europe: An empirical test. IWH-Diskussionspapiere, Nr. 95, 1999, sowie BRÜGGEMANN, A.; LINNE, T.: Unterschiedliche Risikopotentiale für Währungsturbulenzen in Mittel- und Osteuropa, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 13/1999, S. 8 ff.

^b Vgl. BRÜGGEMANN, A.; LINNE, T., a. a. O., S. 10 f.

Tabelle 2:

Lohnstückkosten ausgewählter mittel- und osteuropäischer Länder
- Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr -

Land	Lohnstückkosten	1996	1997	1998	1. Hj. 1999 ^a
Estland	- in Landeswährung	20,0	7,8	9,2	8,2
	- in ECU/Euro	17,2	4,2	9,1	8,8
Lettland	- in Landeswährung	4,3	16,0	1,4	5,0
	- in ECU/Euro	2,8	23,1	1,3	8,3
Litauen	- in Landeswährung	25,6	12,7	11,4	5,4
	- in ECU/Euro	29,4	24,7	12,1	8,5
Polen	- in Landeswährung	16,6	18,0	13,1	16,4
	- in ECU/Euro	8,0	7,5	7,0	8,9
Slowakei	- in Landeswährung	8,5	6,0	5,0	20,5
	- in ECU/Euro	8,6	7,0	0,8	7,6
Slowenien	- in Landeswährung	9,8	7,3	10,7	4,7
	- in ECU/Euro	-0,8	0,8	7,3	2,0
Tschechien	- in Landeswährung	14,1	10,3	6,9	5,9
	- in ECU/Euro	13,7	4,9	7,0	2,9
Ungarn	- in Landeswährung	20,2	16,7	14,5	5,6
	- in ECU/Euro	2,3	5,8	0,2	2,3

^a Schätzung des IWH.

Quellen: Nationale statistische Ämter; Zentralbanken; WIIW Datenbank; Berechnung des IWH.

Insbesondere die Entwicklung der Exporte, des realen Wechselkurses und der Devisenreserven zeigen Problempotenziale für die Leistungsbilanz auf.

Um weitere Verschlechterungen ihrer Wettbewerbsposition zu vermeiden und die Gefahr von Finanzkrisen zu verringern, muss die Lohnpolitik der mittel- und osteuropäischen Länder in Zukunft stärker als in der Vergangenheit an der Produktivitätsentwicklung ausgerichtet werden. Sofern dies nicht durchgesetzt werden kann, ist eine Flexibilisierung der Wechselkurspolitik und eine Reduzierung fiskalischer Defizite der betroffenen Länder anzustreben. Flexiblere Wechselkurse erleichtern auch die Verarbeitung exogener realer Schocks. Mit ihnen hätten die Auswirkungen der Asien- und der Russlandkrise zumindest teilweise abgefedert werden können.

Drastischer Rückgang des Handels mit Russland bremst Wachstum – Exporte nach Westeuropa erholen sich

Der durch die russische Währungs- und Finanzkrise vom August 1998 ausgelöste deutliche Produktionsrückgang und starke Kurszerfall des Rubel haben den Handel der mitteleuropäischen und baltischen Reformländer mit Russland dras-

tisch reduziert (vgl. Tabelle 3). Lagen die Anteile der Exporte nach Russland vor der Krise für die mitteleuropäischen Länder noch bei bis zu 7 vH und für die baltischen Länder sogar zwischen 12 und 22 vH, so sanken sie im folgenden Jahr auf Werte von etwa 1 vH bis 7 vH. Besonders schwer betroffen waren die baltischen Länder, die hohe Rückgänge der Exporte im Nahrungsmittelsektor (Estland und Lettland) und im Elektrizitätsbereich (Litauen) verzeichneten. Starke Einbußen ergaben sich ebenfalls in Polen. Hier kam es sowohl zu einem Zusammenbruch des zuvor bedeutsamen Grenzhandels als auch zu Rückgängen der Exporte der Leichtindustrie sowie der landwirtschaftlichen und nahrungswirtschaftlichen Exporte. Insgesamt wirkte die gesunkene russische Nachfrage in den mittel- und osteuropäischen Ländern in unterschiedlichem Ausmaß dämpfend auf die Industrieproduktion. Die Exportrückgänge der einzelnen Länder führten 1999 zu Wachstumseinbußen von 0,3 Prozentpunkten des Bruttoinlandsproduktes in Slowenien und der Tschechischen Republik und 0,7 Prozentpunkte in Polen bis etwa 1,5 Prozentpunkten in Estland und Litauen.

Tabelle 3:

Entwicklung des Handels mit Russland 1997 bis 1. Halbjahr 1999

	Exporte			Importe		
	1997	1998	1. Hj. 1999	1997	1998	1. Hj. 1999
Bulgarien: - Mio. US-Dollar - Veränderung in vH	392,6 -18,2	236,6 -39,7	91,8 -61,2	1.382,2 -18,4	1.002,9 -27,4	409,0 -59,2
Estland: - Mio. US-Dollar - Veränderung in vH	546,5 +58,0	432,3 -22,5	122,3 -48,7	640,9 +46,6	528,6 -17,5	244,8 -12,7
Lettland: - Mio. US-Dollar - Veränderung in vH	352,2 +6,1	219,4 -37,7	58,6 -61,2	427,2 -9,6	376,3 -11,9	121,8 -34,5
Litauen: - Mio. US-Dollar - Veränderung in vH	939,8 +20,4	621,2 -33,9	100,1 -83,9	1.409,6 +10,1	1.222,8 -13,3	463,4 -62,1
Polen: - Mio. US-Dollar - Veränderung in vH	2.173,3 +31,5	1.592,8 -26,3	328,7 -69,9	2.677,3 +6,0	2.390,4 -10,7	1063 -6,0
Rumänien: - Mio. US-Dollar - Veränderung in vH	249,8 +53,0	80,8 -67,7		1.356,2 -5,3	1.062,3 -21,6	
Slowakei: - Mio. US-Dollar - Veränderung in vH	329,3 +7,1	202,9 -38,4	56,9 -48,9	1.553,0 -19,7	1.288,2 -17,0	557,3 -11,4
Slowenien: - Mio. US-Dollar - Veränderung in vH	326,5 +9,5	235,4 -27,9	68 ^a -62,6	250,2 +20,0	177,9 -28,9	86,0 ^a -30,6
Tschechien: - Mio. US-Dollar - Veränderung in vH	772,6 +11,5	656,5 -15,0	172,4 -73,7	1.842,8 -10,5	1.587,1 -13,9	611,3 -61,5
Ungarn: - Mio. US-Dollar - Veränderung in vH	968,7 +24,8	653,9 -32,5	148,7 -68,0	1.943,4 -3,7	1.659,4 -14,2	632,2 -26,2

^a Bis Juli.

Quellen: WIIW: Countries in Transition 1999; Nationale Statistiken; Berechnungen des IWH.

Tabelle 4:

Entwicklung des Handels ausgewählter Länder Mittel- und Osteuropas mit der EU 1997 bis 1. Halbjahr 1999

	Exporte			Importe		
	1997	1998	1. Hj. 1999	1997	1998	1. Hj. 1999
Bulgarien: - Mio. US-Dollar - Veränderung in vH	2.128,7 11,3	2.136,8 0,4	971,7 -11,7	1.823,1 2,4	2.325,3 27,5	1.234,4 12,3
Polen: - Mio. US-Dollar - Veränderung in vH	16.490,5 1,9	19.278,3 16,9	9.295,9 1,2	26.987,8 13,7	30.888,6 14,5	14.133,7 -4,2
Rumänien: - Mio. US-Dollar - Veränderung in vH	4.767,7 4,4	5.357,5 12,4	2.090,0 ^a -2,7	5.922,5 -1,1	6.828,9 15,3	2.413 ^a -4,2
Slowakei: - Mio. US-Dollar - Veränderung in vH	3.442,3 -5,5	5.956,8 31,3	2.938,3 5,8	4.067,1 -1,9	6.537,6 27,4	2.857,4 -5,6
Slowenien: - Mio. US-Dollar - Veränderung in vH	5.319,7 -0,9	5.927,2 11,4	2.883,0 1,9	6.312,4 -0,8	7.011,8 11,1	3.562,0 3,7
Tschechien: - Mio. US-Dollar - Veränderung in vH	13.654,3 7,0	16.908,6 23,8	9.033,2 11,1	16.706,6 -3,4	18.233,2 9,1	8.817,6 1,3
Ungarn: - Mio. US-Dollar - Veränderung in vH	13.595,5 24,5	16.788,2 23,5	8.716,0 11,8	13.314,5 18,0	16.479,1 23,8	8.556,0 10,4

^a Bis Mai.

Quellen: WIIW: Countries in Transition 1999; Nationale Statistiken; Berechnungen des IWH.

Die im Zuge der Krisen in Asien und Lateinamerika einsetzende Wachstumsschwäche in Westeuropa reduzierte zusätzlich die Nachfrage nach Gütern aus Mittel- und Osteuropa seit Mitte 1998. Die Wachstumsraten der Exporte aus den mittel- und osteuropäischen Ländern nach Westeuropa gingen spürbar zurück. In Bulgarien und Rumänien schrumpften die Exporte – auch im Zusammenspiel mit einer sich verschlechternden Wettbewerbsfähigkeit der Länder – sogar.

Seit Frühjahr 1999 ist die Exporttätigkeit der meisten Länder wieder stärker aufwärtsgerichtet. Durch die allgemein hohen Anteile des EU-Handels am Gesamthandel wird 1999 der Außenbeitrag in fast allen Ländern positive Impulse für das Wachstum leisten.

Tabelle 5:
Entwicklung der Handelsanteile der mittel- und osteuropäischen Länder mit der EU
- in vH der Gesamtexporte bzw. -importe -

	Exporte		Importe	
	1. Hj. 1998	1. Hj. 1999	1. Hj. 1998	1. Hj. 1999
Bulgarien	50,0	54,9	44,3	50,8
Estland	51,0	62,4	58,8	58,5
Lettland	52,8	64,0	55,5	56,5
Litauen	33,7	50,0	46,7	46,4
Polen	66,1	71,9	64,7	66,0
Rumänien	63,6	67,4	55,6	61,4
Slowakei	55,1	62,9	48,5	52,1
Slowenien	64,7	68,3	68,7	69,1
Tschechien	63,1	69,6	62,7	64,5
Ungarn	71,9	75,9	63,8	65,7

Quellen: Nationale statistische Ämter; Berechnungen des IWH.

Drittmarkteffekte aus Asien eher gering

Die starke reale Aufwertungen der mittel- und osteuropäischen Währungen gegenüber den Währungen der asiatischen Krisenländer ließ noch vor Jahresfrist erwarten, dass die Reformländer im erheblichen Umfang Marktanteile auf ihren Exportmärkten verlieren könnten. Obwohl die asiatischen Länder in mehreren Produktsegmenten ihre Position gegenüber den mittel- und osteuropäischen Ländern tatsächlich verbessern konnten, blieb der

Verlust an Marktanteilen für mittel- und osteuropäische Unternehmen letztlich moderat.

Zu diesem Schluss führt eine Untersuchung der Anteile beider Regionen an den EU-Importen. Dabei werden jene Gütergruppen berücksichtigt, bei denen ein enges Konkurrenzverhältnis zwischen den mittel- und osteuropäischen Anbietern und den südostasiatischen Herstellern vermutet werden kann.⁵ Die Analyse zeigt, dass die asiatischen Länder im Verlauf des Jahres 1998 ihre Marktanteile bei einzelnen Segmenten der Warengruppen der chemischen Erzeugnisse, des Maschinenbaus sowie der unedlen Metalle am stärksten ausweiten konnten (vgl. Tabelle 6). So steigerten sie ihren Anteil an den EU-Importen in den Bereichen Eisen und Stahl, bei den organischen und anorganischen Chemieprodukten und bei mineralischen Brennstoffen. In diesen Bereichen nahm der Marktanteil der mittel- und osteuropäischen Länder relativ am stärksten ab.

Die hieraus resultierende Wachstumseinbuße beträgt schätzungsweise zwischen einem Zehntel Prozentpunkt und einem Viertel Prozentpunkt des Bruttoinlandsproduktes.⁶ Auch wenn sich die Anpassungsprozesse bei den Handelsströmen über einen mehrjährigen Zeitraum hinziehen können, ist eine höhere Belastung für das Jahr 1999 und die Folgejahre nicht zu erwarten. Hierfür spricht vor allem, dass die mittel- und osteuropäischen Währungen im letzten Jahr stark gegenüber den asiatischen Krisenländern real abwerteten (vgl. Tabelle 7).

Das Ausmaß der Drittmarkteffekte auf die mittel- und osteuropäischen Reformstaaten war somit weniger ausgeprägt als es das weltwirtschaftliche Umfeld vor einem Jahr vermuten ließ. Damit haben sich auch die Chancen auf eine baldige gesamtwirtschaftliche Erholung erhöht.

⁵ Dazu wurden auf der Ebene der SITC 3-Steller Einheitswerte der Einfuhr der EU berechnet. Vgl. BRÜGGMANN, A.; WERNER, K., a. a. O., S. 19 ff.

⁶ Diese Werte beruhen auf einem durchschnittlichen Anteil der Bruttowertschöpfung am industriellen Output von 30 vH. Im ersten Fall wurde unterstellt, dass die Reformländer ihre Marktanteile ohne die stattgefundenen Aufwertung hätten halten können, während für den zweiten die Annahme getroffen wurde, dass die mittel- und osteuropäischen Länder ohne Aufwertung ihrer Währung in der Lage gewesen wären, ihre Marktanteile gemäß des durchschnittlichen Exportwachstums von 1998 auszudehnen.

Tabelle 6:

Veränderungen der Anteile an den Einfuhren der EU für Mittel- und Osteuropa und die südostasiatischen Krisenländer in einzelnen Untergruppen

- in vH -

Warengruppe	Anteile der MOE-Länder		Anteile der asiatischen Länder	
	Jan. – Okt. 1997	Jan. – Okt. 1998	Jan. – Okt. 1997	Jan. – Okt. 1998
Chemie, Pharmazie	9,2	7,6	3,4	5,9
Textilerzeugnisse	5,8	5,4	5,3	5,8
Maschinenbau, Elektrotechnik, Elektronik	11,3	11,9	2,7	5,0
Mineralische Brennstoffe	8,0	5,2	1,2	2,6
Unedle Metalle	17,3	16,8	0,5	5,6

Quellen: EUROSTAT, Internal and External Trade of the EU, 97.07.01, auf CD-Rom; Berechnungen des IWH.

Tabelle 7:

Reale Abwertung der mittel- und osteuropäischen Währungen gegenüber den Währungen der Krisenländer Südostasiens zwischen August 1998 bis August 1999^a

- in vH -

	Thailand	Korea	Indonesien	Philippinen	Malaysia	Alle Währungen
Bulgarien	20,1	24,9	68,1	26,5	23,0	31,2
Estland	11,9	16,4	56,7	17,9	14,7	22,3
Lettland	7,2	11,5	50,1	12,9	9,8	17,2
Litauen	11,0	15,4	55,4	16,9	13,7	21,3
Polen	14,9	19,5	60,8	21,0	17,7	25,6
Rumänien	34,6	40,0	88,4	41,8	37,9	47,1
Slowakei	16,1	20,7	62,5	22,3	18,9	26,9
Slowenien	14,2	18,8	59,9	20,3	17,0	24,8
Tschechien	17,1	21,8	64,0	23,4	20,0	28,0
Ungarn	8,2	12,5	51,5	14,0	10,8	18,3
MOE insgesamt	16,3	20,9	62,8	22,5	19,1	27,1

^a Der Gesamtumfang der realen Aufwertung der mittel- und osteuropäischen Währungen gegenüber den südostasiatischen Währungen wurde durch Gewichtung mit dem Bruttoinlandsprodukt der Reformländer von 1998 ermittelt. Die durchschnittliche Aufwertung gegenüber allen in Betracht gezogenen südostasiatischen Währungen wurde dagegen durch Gewichtung mit den Exportanteilen der südostasiatischen Länder auf dem westeuropäischen Markt berechnet.

Quellen: Angaben der nationalen Statistischen Ämter und der Zentralbanken; Berechnungen des IWH.

Erholung in Mitteleuropa und dem Baltikum

Die wirtschaftliche Entwicklung in Mitteleuropa ist seit dem Frühjahr und in den baltischen Staaten seit dem Herbst 1999 aufwärts gerichtet. Weiterhin hohe Zuwachsraten – wenn auch geringer als in den Vorjahren – verzeichneten 1999 Polen, Ungarn und Slowenien (vgl. Tabelle 8). Während in Ungarn sich das Wachstum primär über kräftige Zuwächse der Auslandsnachfrage – trotz realer Aufwertung und steigenden Lohnstückkosten – speiste, war in den anderen beiden Ländern

der Anstieg der inländischen Nachfrage von größerer Bedeutung. In der Tschechischen Republik und in der Slowakei blieb die Inlandsnachfrage aufgrund von wirtschaftspolitischen Anpassungsprogrammen gedämpft. Die Tschechische Republik hat im zweiten Quartal 1999 erstmals seit anderthalb Jahren positive Wachstumsraten erreicht, während in der Slowakei der Abwärtstrend erst begonnen hat. In Bulgarien und Rumänien ließen die Auswirkung des Kosovo-Konflikts sowie fiskalische Konsolidierungen die Wirtschaften in diesem Jahr schrumpfen.

Tabelle 8:

Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise in Mittel- und Osteuropa

	Gewicht in vH	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise ^a			Arbeitslosenquote		
		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH						in vH		
		1998	1999 ^b	2000 ^b	1998	1999 ^b	2000 ^b	1998	1999 ^b	2000 ^b
-Bulgarien	1,7	3,5	-3,0	1,0	22,3	-1,0	2,0	12,2	13,5	14,0
-Polen	22,3	4,8	4,0	5,5	11,6	7,0	6,5	10,0	12,0	11,0
-Rumänien	5,4	-7,3	-5,0	-1,0	59,1	50,0	40,0	10,3	11,5	13,0
-Slowakei	2,9	4,4	0,5	-2,0	6,7	10,0	8,0	15,6	17,5	19,0
-Slowenien	2,8	3,9	3,0	4,0	7,9	8,0	7,0	14,6	14,0	13,0
-Tschechien	8,0	-2,3	-0,5	2,0	10,7	2,5	3,5	6,3	8,5	9,0
-Ungarn	6,7	5,1	4,0	4,5	14,1	9,5	8,5	9,7	9,6	9,0
<i>Mitteleuropa(7)^c</i>	<i>49,8</i>	<i>2,3</i>	<i>1,8</i>	<i>3,4</i>	<i>16,8</i>	<i>11,2</i>	<i>9,9</i>			
-Estland	0,7	4,0	-1,0	3,0	10,7	1,0	2,5	9,9	12,0	11,0
-Litauen	1,5	5,1	-1,5	3,0	5,1	0,0	2,0	6,4	8,5	7,5
-Lettland	0,9	3,6	-0,5	3,5	4,7	0,5	2,5	7,7	10,0	9,0
<i>Baltische Staaten(3)^c</i>	<i>3,2</i>	<i>4,4</i>	<i>-1,1</i>	<i>3,1</i>	<i>6,3</i>	<i>0,4</i>	<i>2,3</i>			
-Russland	39,1	-4,6	2,0	2,0	27,6	85,0	40,0	11,5	13,5	14,5
-Ukraine	5,7	-1,7	-3,0	-2,0	10,6	20,0	15,0	3,7	4,5	5,5
-Weißrussland	2,2	8,3	0,0	1,0	106,0	170,0	50,0	7,8	7,2	7,5
<i>GUS-Länder^c</i>	<i>47,0</i>	<i>-4,0</i>	<i>1,5</i>	<i>1,5</i>	<i>29,2</i>	<i>81,1</i>	<i>37,4</i>			
MOE insgesamt ^c	100,0	-0,4	1,5	2,5	22,3	43,7	22,7			
<i>Nachrichtlich:</i>										
Exportgewichtet ^d		1,3	1,7	2,7						

^a Jahresdurchschnitt. – ^b Prognose des IWH. – ^c Summe der aufgeführten Länder. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt zu jahresdurchschnittlichen Wechselkursen. – ^d Gewichtet mit dem Anteil an den deutschen Ausfuhren in diese Länder.

Quellen: Nationale statistische Ämter; Berechnungen des IWH; Angaben gerundet.

Die Wachstumsaussichten für Mitteleuropa und das Baltikum sind für das Jahr 2000 günstig zu beurteilen. Das Anziehen der westeuropäischen Konjunktur und die Überwindung der Asien- und Russlandkrisen werden die außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen erheblich verbessern. Die Vorbereitungen auf einen zukünftigen EU-Beitritt machen sich zudem positiv bemerkbar bei der forcierten Durchführung struktureller Reformen. Sie können auch zu einem Schub bei den Zuflüssen an ausländischen Direktinvestitionen beitragen.⁷ All dies wird das Wachstum in Polen, Ungarn und Slowe-

nien nochmals beschleunigen. In diesen Ländern wird die Arbeitslosigkeit – auch aufgrund der weitgehend erfolgreichen Restrukturierungen des Unternehmenssektors – dieses Jahr leicht abnehmen.

Die Tschechische Republik hat ihre Wettbewerbsfähigkeit in den letzten Jahren verbessern können. Steigende Exporte und auch eine kräftigere Binnennachfrage werden zur Überwindung der Rezession beitragen. Allerdings wird die Dauerhaftigkeit dieser Entwicklung davon abhängen, ob die Restrukturierungen auf Unternehmensebene weiter fortgesetzt werden. In Bulgarien werden die positiven Effekte, die von der Überwindung der Kosovo-Konflikt und von den verstärkten Reformbemühungen der Regierung ausgehen, helfen, im Jahr 2000 auf einen positiven Wachstumspfad einzuschwenken. Ähnlich wie in der Tschechischen

⁷ Siehe hierzu auch: KOMMISSION DER EU: 2nd Regular Report from the Commission on Progress towards Accession by each of the candidate countries, 13. Oktober 1999, http://europa.eu.int/comm/enlargement/report_10_99/intro/index.htm.

Republik sind aber auch hier weitere Anstrengungen bei der Restrukturierung der Unternehmen (z. B. Einführung neuer Produkte und Absatzwege, Abbau von Überbeschäftigung, organisatorische Neuerungen) notwendig, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern. In diesen Ländern dürfte die Arbeitslosigkeit im Zuge der Umstrukturierungsaktivitäten vorerst noch weiter ansteigen. Die Wachstumsrate des Bruttoinlandprodukts der mitteleuropäischen Länder wird in diesem Jahr etwa 3,4 vH betragen, nach nur 1,8 vH im Jahr 1999. Die baltischen Länder werden insbesondere von ihrer seit geraumer Zeit verstärkten Handelsumlenkung nach Westeuropa und dem dortigen Anziehen der Konjunktur profitieren. Nach einer Schrumpfung um 1 vH 1999, wird dieses Jahr die Wachstumsrate in der baltischen Region etwa 3 vH betragen.

Wirtschaftliche Erholung in Russland – Abschwächung in der Ukraine und in Weißrussland

In Russland ist die wirtschaftliche Entwicklung günstiger verlaufen als dies noch letztes Jahr erwartet wurde. Der deutliche Produktionseinbruch infolge des Ausbruchs der Währungs- und Finanzkrise vom August 1998 ist inzwischen wieder aufgeholt worden. Die starke reale Abwertung des Rubel um ungefähr drei Viertel seines Wertes führte zu einer Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit russischer Anbieter und einer umfangreichen Substitution ausländischer Erzeugnisse durch heimische Güter, vor allem in der Nahrungsmittelindustrie.

Für Russland ist für dieses Jahr mit einem Anstieg der Produktion um 2 vH zu rechnen. Dies ist überwiegend noch ein Resultat der starken realen Abwertung sowie des gestiegenen Rohölpreises. Ein höheres Wachstum oder gar ein Einschwenken auf einen stabilen Wachstumspfad ist jedoch nicht zu erwarten, da ein konsistentes Reformprogramm bisher nicht zu erkennen ist. Bestehende Ansätze – z. B. im Bereich der Bankensanierung – blieben bislang halbherzig.

In der Ukraine wird die wirtschaftliche Aktivität auch im neunten Jahr der Transformation weiter abnehmen und damit nur noch etwa 30 vH des Standes von 1990 erreichen. Neben den Auswir-

kungen der Russlandkrise sind mangelnde Strukturreformen für die erneute Kontraktion verantwortlich. Die ohnehin prekäre wirtschaftliche Lage wird durch die deutliche Zunahme der staatlichen Auslandsverschuldung weiter erschwert. Die Ukraine bewegt sich am Rande einer Finanzkrise, welche die Spielräume der Wirtschaftspolitik zunehmend begrenzt. In Weißrussland stagnierte die Wirtschaft 1999 nach den sehr hohen Wachstumsraten der vergangenen Jahre. Das Ausbleiben russischer Unterstützungen in Form verbilligter Energielieferungen und der Bereitschaft, Güter zu überhöhten Preisen abzunehmen, verstärkte die Auswirkungen inländischer Reformdefizite.⁸

Die angenommene leichte Erholung in Russland wird auch in Weißrussland einer Verschlechterung der gesamtwirtschaftlichen Lage im Jahr 2000 entgegenwirken. In der Ukraine wird viel davon abhängen, ob es der Regierung gelingt, die Schuldenproblematik zu beherrschen. Das Einschwenken auf einen Wachstumspfad ist für den Prognosezeitraum nicht zu erwarten.

Axel Brüggemann
(bgn@iwh.uni-halle.de)

⁸ Vgl. DIW, IfW, IWH: Die wirtschaftliche Lage der Republik Belarus, 14. Bericht. IWH-Forschungsreihe 3/1999.

Ostdeutsches Baugewerbe: Lage bleibt auch 2000 angespannt

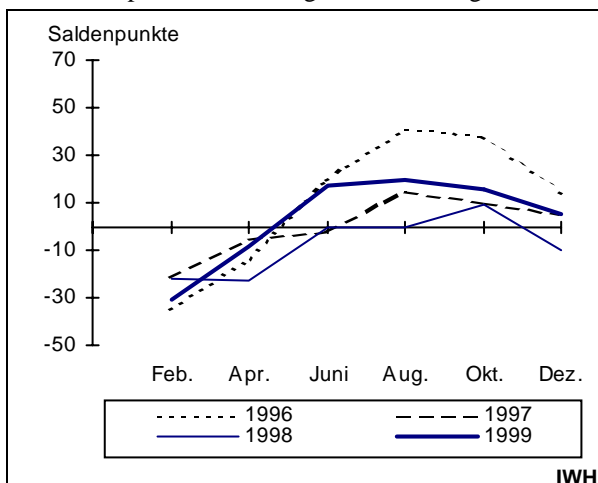
Die Geschäftslage im ostdeutschen Baugewerbe hat laut Dezember-Umfrage des IWH unter 300 Unternehmen zum Jahresende nochmals nachgegeben. Der Indikator sank um 11 Punkte im Vergleich zur vorangegangenen Befragung im Oktober. Der Anteil der Unternehmen, die das Baugeschäft mit „gut“ oder „eher gut“ einstufen, lag damit nur noch knapp über 50 vH. Etwa vier Zehntel der Befragten beurteilten die Lage mit „eher schlecht“ und nahezu ein Zehntel mit „schlecht“.

Der Stimmungsabfall im Dezember ist zwar auch saisonüblich, maßgeblich war aber vor allem

erscheint hier bei nur leicht abnehmenden Aktivitäten im Straßenbau in einem etwas günstigeren Licht, das konjunkturelle Gesamtbild ist aber mit reichlich der Hälfte Pessimisten ebenfalls mehrheitlich getrübt. Demgegenüber überwiegen im Bereich des Ausbaus und des Handwerks bei einer wohl nicht mehr so stark rückläufigen Nachfrage nach Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen eindeutig die Optimisten.

Bei den Geschäftsaussichten setzt sich die seit August zu beobachtende Abwärtstendenz im Baugewerbe fort. Mit einem Anteil von etwa 70 vH

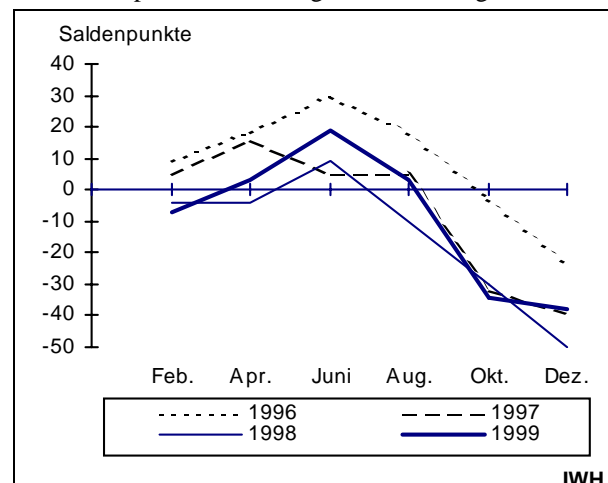
Abbildung 1:
Entwicklung der Geschäftslage im ostdeutschen Baugewerbe
- Saldo der positiven und negativen Wertungen -



Quelle: IWH-Bauumfragen.

eine ungünstigere Geschäftslage im Hochbau. Der Indikator fiel hier um 26 Punkte und erreichte damit fast den niedrigen Vorjahreswert. Die Gründe sind vor allem in einem anhaltenden Nachfragerückgang beim Neubau von Mietwohnungen zu suchen, deren Errichtung angesichts bestehender Angebotsüberhänge für Investoren wenig attraktiv ist. Aber auch im öffentlichen und gewerblichen Tiefbau fiel die Ordertätigkeit laut amtlicher Statistik im III. Quartal 1999 schwach aus. Die Tiefbauunternehmen schätzten wohl deshalb ihre Geschäftslage schlechter ein als in der vorangegangenen Befragung vom Oktober, der Indikatorwert blieb aber deutlich über Vorjahresniveau. Die Lage

Abbildung 2:
Entwicklung der Geschäftsaussichten im ostdeutschen Baugewerbe
- Saldo der positiven und negativen Wertungen -



Quelle: IWH-Bauumfragen.

dominieren klar die pessimistischen Wertungen. Den entscheidenden Einfluss hat auch hier die Stimmungseintrübung im Hochbau ausgeübt, dessen Erwartungen für die nächsten Monate sogar deutlich unter Vorjahresniveau gefallen sind.

Laut Prognose des IWH wird die Bautätigkeit in Ostdeutschland im Jahr 2000 nochmals um knapp 2 vH abnehmen und dies zu einem großen Teil aufgrund der Überkapazitäten an frei finanzierten Mietwohnungen bei gleichzeitig rückläufigem Fördervolumen im sozialen Wohnungsbau. Aber auch die Nachfrage nach gewerblichen und öffentlichen Bauten wird noch weiter nachgeben. Nach den Erwartungen der Bauunternehmen laut

Tabelle 1:

Umsatzentwicklung 1999 und Umsatzerwartungen 2000 im ostdeutschen Baugewerbe
- in vH der Unternehmen -

	Zunahme				Gleich- stand	Abnahme				Saldo aus Zu- und Abnahme
	über 10 vH	5 bis 10 vH	bis 5 vH	Ins- gesamt		Ins- gesamt	bis 5 vH	5 bis 10 vH	über 10 vH	
	1999 zu 1998									
Bauhauptgewerbe	19	9	11	39	15	46	10	11	25	- 7
darunter: Hochbau	18	6	10	34	19	48	8	13	27	- 14
Tiefbau	21	14	14	49	10	42	13	8	21	7
Ausbaugewerbe	16	5	12	33	29	38	6	10	22	- 5
Baugewerbe insgesamt	18	7	11	36	20	43	8	11	24	- 7
	Voraussichtlich 2000 zu 1999									
Bauhauptgewerbe	8	12	8	28	29	43	9	13	21	- 15
darunter: Hochbau	8	12	8	28	35	38	5	8	25	- 10
Tiefbau	5	11	11	27	22	51	16	22	13	- 24
Ausbaugewerbe	10	13	5	28	37	36	9	13	14	- 8
Baugewerbe insgesamt	8	12	7	27	32	41	9	13	19	- 14

Fälle: 1999 zu 1998: n = 271; 2000 zu 1999: n = 236.

Quelle: IWH-Bauumfrage vom Dezember 1999.

Umfrage ergibt sich mit -2 vH für das Jahr 2000 ein ähnlich hoher Umsatzrückgang wie im zurückliegenden Jahr.

Das Übergewicht der Unternehmen mit Umsatzminus gegenüber denen mit Umsatzplus bleibt deshalb im Jahr 2000 in allen Sparten bestehen (vgl. Tabelle 1). Dabei wird deutlich, dass – im Jahresdurchschnitt betrachtet – besonders das Vertrauen der Tiefbauunternehmen stark zurückgeht. Maßgeblich dafür dürfte sein, dass angesichts der Bemühungen von Bund und Ländern zur Haushaltskonsolidierung eine Fortsetzung der Ordertätigkeit im öffentlichen Straßen- und Tiefbau auf dem derzeitigen hohen Niveau als wenig wahrscheinlich angesehen wird. Im Hoch- und Ausbaubereich erhöht sich dagegen die Hoffnung auf Umsatzstabilisierung. Zugleich fällt im Ausbau der Anteil der Unternehmen mit einem erwarteten Umsatzrückgang von mehr als 10 vH deutlich niedriger aus als im Vorjahr. Das könnten Indizien dafür sein, dass die Talfahrt im ostdeutschen Wohnungsbau im Jahr 2000 etwas an Tempo verliert. Dass man hier aber noch weit von dem Erreichen einer unteren Auffanglinie entfernt ist, zeigt die immer noch erhebliche Dominanz der Pessimisten gegenüber den Optimisten.

Auch die Situation auf dem Bauarbeitsmarkt bleibt laut Umfrage angespannt. Die Beschäftigung ist im vergangenen Jahr laut Meldungen der Umfrageteilnehmer um etwa 7,5 vH zurückgegangen. Aufgrund der unterschiedlichen Entwicklung differierte der Beschäftigungsabbau zwischen den Sparten: Während die Beschäftigung im Hochbau um etwa 10 vH und im Ausbau um 8 vH abnahm, sank sie im Tiefbau nur um 3 vH. Der Personalabbau wird sich im Jahr 2000 angesichts weiter abflachender Nachfrage bei noch bestehenden Produktivitätsrückständen in allen Sparten fortsetzen: Bezogen auf den durchschnittlichen Beschäftigungsstand im Jahr 1999 planen die Hoch- und Tiefbauunternehmen für 2000 eine Personalreduzierung von etwa 8 vH. Im Ausbaugewerbe könnte der Personalabbau im Umfang von 6 vH etwas schwächer ausfallen. Gegenüber dem letzten Beschäftigungsstand vom Dezember 1999 ergibt sich allerdings ein etwas geringerer Personalrückgang (im Hochbau 3 vH, im Tiefbau 6 vH und im Ausbaugewerbe 2 vH), da ein großer Teil des Personals bereits im Verlaufe des zweiten Halbjahres 1999 abgebaut worden ist.

Brigitte Loose
(blo@iwh.uni-halle.de)

Tabelle 2:

Geschäftslage und Geschäftsaussichten laut IWH-Umfrage im ostdeutschen Baugewerbe - Dezember 1999

- Vergleich zum Vorjahreszeitraum und zur Vorperiode -

Gruppen/Wertungen	gut (+)			eher gut (+)			eher schlecht (-)			schlecht (-)			Saldo		
	Dez	Okt	Dez	Dez	Okt	Dez	Dez	Okt	Dez	Dez	Okt	Dez	Dez	Okt	Dez
	98	99	99	98	99	99	98	99	99	98	99	99	98	99	99
	- in vH der Unternehmen der jeweiligen Gruppe ^a -														
Geschäftslage															
Baugewerbe insgesamt	12	18	15	33	40	38	46	34	38	9	8	9	- 10	16	5
Zweige/Sparten															
Bauhauptgewerbe	13	16	13	29	40	33	49	36	44	9	7	10	- 16	13	- 8
darunter ^b															
Hochbau	13	18	12	30	39	32	50	36	45	7	7	11	- 14	14	- 12
Tiefbau	7	13	17	28	43	31	54	36	44	11	7	8	- 30	13	- 4
Ausbaugewerbe	11	22	20	42	41	46	38	29	28	8	8	6	7	26	32
Größengruppen															
1 bis 19 Beschäftigte	19	24	20	32	45	41	32	22	21	17	8	18	3	39	22
20 bis 249 Beschäftigte	13	19	15	31	39	39	47	33	39	9	8	7	- 12	17	8
250 und mehr Beschäftigte	5	6	7	45	44	29	50	44	57	0	6	7	0	0	-28
Statusgruppen															
Bauindustrie															
Privatisierte															
Unternehmen	5	12	8	34	36	33	53	43	47	8	10	12	- 22	- 5	- 18
Neugründungen	20	20	19	32	45	48	42	30	29	6	4	4	4	31	34
Bauhandwerk	17	27	23	33	41	38	38	27	32	12	6	7	0	35	22
Geschäftsaussichten															
Baugewerbe insgesamt	5	6	6	20	27	25	58	57	57	17	10	12	- 50	- 34	- 38
Zweige/Sparten															
Bauhauptgewerbe	5	6	6	19	25	21	60	60	59	15	10	14	- 51	- 39	- 46
darunter ^b															
Hochbau	6	5	3	22	26	20	59	60	63	12	8	14	- 43	- 37	- 53
Tiefbau	3	7	12	15	22	18	60	58	56	23	12	14	- 65	- 41	- 40
Ausbaugewerbe	4	7	8	22	32	31	52	53	52	21	9	9	- 48	- 23	- 22
Größengruppen															
1 bis 19 Beschäftigte	6	11	9	28	33	19	50	43	51	17	13	21	- 33	- 13	- 44
20 bis 249 Beschäftigte	5	6	6	18	27	25	60	58	57	17	10	12	- 55	- 35	- 38
250 und mehr Beschäftigte	5	5	7	20	17	29	60	72	64	15	6	0	- 50	- 56	- 28
Statusgruppen															
Bauindustrie															
Privatisierte															
Unternehmen	2	3	5	20	26	22	59	60	62	19	10	11	- 56	- 41	- 46
Neugründungen	14	7	8	18	33	41	55	49	40	14	10	11	- 37	- 19	- 2
Bauhandwerk	3	10	9	21	23	19	58	59	59	17	7	13	- 51	- 33	- 44

^a Summe der Wertungen je Umfrage gleich 100 - Ergebnisse gerundet. – ^b Hoch- und Tiefbau werden als Darunterposition ausgewiesen, da ein Teil der an der Umfrage beteiligten Unternehmen keiner dieser Sparten eindeutig zugeordnet werden kann.

Quelle: IWH-Baumfragen.